Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

26.2.1892 (No. 46)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 26 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 46. Freitag, den 26. Februar 1892.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin**, 25. Februar.

Der Reichstag trat heute bei sehr schwacher Besetzung zum zweiten Male in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs über das Telegraphenwesen ein. Entsprechend den großen Anfechtungen, welche der Entwurf in der Presse erfahren hat, gestaltete sich auch die Debatte über den principiellen § 1, der das Monopol des Reiches über den Telegraphen- und Fernsprechbetrieb ausspricht, ziemlich umfangreich, aber keineswegs interessant oder außergewöhnlich lebhaft.

§ 1 der Vorlage spricht das Recht, Telegraphenanlagen herzustellen und zu betreiben, ausschließlich dem Reiche zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mit inbegriffen. Die Kommission hat das Wort „herzustellen" ersetzt durch „für die Vermittlung von Nachrichten zu errichten."

Abg. Biehl (Centrum) beantragte, dem § 1 folgende Fassung zu geben: „Das Recht, Telegraphenanlagen für den allgemeinen Vermittlungsverkehr zu errichten und zu betreiben, steht ausschließlich dem Reich zu. Unter den Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen nicht mitbegriffen. Die Befugniß zur Benutzung fremden Grund und Bodens, namentlich der Straßen und Plätze der Gemeinden ist damit nicht gegeben.

Die Abgg. Dr. v. Bar und Genossen beantragten folgende Fassung: „Das Recht, elektrische Leitungen zur Beförderung von Mittheilungen und Gesprächen gegen Bezahlung zu betreiben, steht, vorbehaltlich der Bestimmung des § 2a (für den Gemeindeverkehr ist auch Gemeindebetrieb zulässig) ausschließlich dem Reiche zu.

Abg. Schrader (freis.) befürwortete den Antrag von Bar, welcher das Monopol des Reiches scharf umgrenze, die Bedingungen festsetze, unter denen es ausgeübt werden könne, und dafür sorge, daß andere elektrische Anlagen nicht durch das Reich in ihrer Entwicklung gehemmt würden. Nach § 1 der Vorlage würde jede Vermittlung von Nachrichten in die Ferne, durch welches etwa noch zu erfindende Mittel es auch sei, lediglich dem Reiche zustehen. Zu welchen Konsequenzen käme man da!

Staatssekretär Dr. v. Stephan berief sich auf Art. 48 der Verfassung, der thatsächlich ein Monopol des Reiches habe aussprechen wollen. Die Beschränkung auf elektrische Leitungen nach dem Antrage v. Bar lasse von dem Reichsregal schließlich nichts übrig. Solle man bei jeder neuen Erfindung auf diesem Gebiete ein neues Gesetz machen und dann wieder 2 Jahre warten, bis es vom Reichstage verabschiedet werde? In dieser Zeit könne doch unabsehbarer Schaden erwachsen. Er verwahre die Reichstelegraphenverwaltung dagegen, daß sie der Privatindustrie irgendwie schaden wolle.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter Geh. Oberregierungsrath Landmann führte aus, daß es sich auch für Bayern nur um die Sanktionirung eines bereits bestehenden Zustandes handele.

Der socialdem. Abg. Schmidt (Frankfurt) erklärte, daß seine Partei allerdings die Leitung und Regelung der gesammten Produktion und des Verkehrs in die Hände der Gesellschaft gelegt wissen wolle, daß sie deshalb aber doch nicht voreilig in der Gewährung von Monopolen an den heutigen Staat sei, weil dieser ebenso wie die Privatunternehmer nur darauf ausgehe, recht vielen Gewinn zu erzielen. Sie wünsche der Elektrotechnik den weitesten Spielraum, denn das elektrische Licht bedeute für die kapitalistische Gesellschaft eine Art Götterdämmerung. Das Gesetz müsse deshalb Bestimmungen erhalten, welche die Befürchtungen wegen der Entwicklung der Elektrotechnik beseitigen.

Abg. Dr. Hammacher bezeichnete die Ausdehnung des Staatsmonopols auf das Fernsprechwesen als eine der verdienstvollsten Thaten des Staatssekretärs v. Stephan. Was das gegenwärtige Gesetz wolle, sei nichts weiter als die rechtliche Feststellung des heutigen thatsächlichen Zustandes.

Auch der Abg. Graf v. Arnim-Muskau (Rp.) empfahl den Kommissionsbeschluß. Im Interesse des gesammten Landes müsse an dem einheitlichen gleichmäßigen Betriebe durch den Staat festgehalten werden. Die Befürchtungen, die man an das Gesetz knüpfe, würden sich sehr bald als ungerechtfertigt erweisen.

Abg. Frhr. v. Gagern erklärte, daß das Centrum ebenfalls auf dem Boden der Kommissionsvorschläge stehe. Das Reich müsse zu seinem Rechte kommen, nachdem einmal Art. 48 der Verfassung das Verkehrswesen für ein Monopol des Staates erklärt habe. Es sei kein Zweifel, daß die süddeutschen Reservatrechte ebenfalls das Staatsregal enthielten. Es solle kein wohlerworbenes Recht geschmälert werden, aber es solle auch nicht einzelnen Unternehmern, auch nicht einzelnen Städten auf Kosten der Steuerzahler ermöglicht werden, den Rahm abzuschöpfen.

Abg. Dr. Giese (kons.) sprach für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. v. Bar beantragte noch im Falle der Annahme der Kommissionsauffassung zwischen die Worte „für die" und „Vermittelung" einzuschieben „entgeltliche".

An der weiteren Debatte betheiligten sich noch die Abgg. Schrader, Dr. Hammacher und Dr. Siemens, sowie Staatssekretär Dr. v. Stephan.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag v. Bar auf Einfügung des Wortes „entgeltliche" gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Freisinnigen und einiger Centrumsmitglieder abgelehnt; für den Antrag Biehl erhob sich zur Erheiterung des Hauses Niemand; der Antragsteller selbst war abwesend; der Antrag v. Bar u. Gen. wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und vereinzelter Centrumsmitglieder abgelehnt. Schließlich wurde der Kommissionsantrag gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

§ 2 bestimmt nach den Kommissionsbeschlüssen, daß die Ausübung des in § 1 bezeichneten Rechtes an Privatunternehmer verliehen werden kann, an Gemeinden aber für den Verkehr innerhalb des Gemeindebezirks verliehen werden muß, wenn die nachsuchende Gemeinde die genügende Sicherheit für einen ordnungsmäßigen Betrieb bietet und das Reich eine solche Anlage weder errichtet hat, noch sich zur Errichtung und zum Betriebe einer solchen bereit erklärt.

Der Paragraph wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf morgen.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge aus dem Hause, zunächst die socialdemokratischen Anträge wegen Aufhebung der Lebensmittelprodukte und wegen Aufhebung der Wirkungen des Socialistengesetzes.

Berlin, 24. Februar.

Beim Beginn der Sitzung des Reichstags erinnerte der Präsident v. Levetzow an die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages vor 25 Jahren. Bei der Berathung des socialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der Lebensmittelzölle erklärt der Abg. Bock, die Socialdemokraten würden nicht eher ruhen, als bis die Lebensmittelzölle abgeschafft wären. Abg. Bebel erklärt die Getreidezölle für ein Unglück. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Deutschland.

Berlin, 24. Februar.

Bei dem Festmahl des Provinziallandtages hielt der Kaiser eine Ansprache, in der er sagte: Es sei leider Sitte geworden, an allen Handlungen der Regierung herumzumäkeln. Wäre es nicht besser, wenn die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren, ihnen elend und jammervoll erscheinenden Zuständen auf's Schleunigste entzögen? Ihnen wäre geholfen, uns thäten sie großen Gefallen. Deutschland trete allmälig in das Jünglingsalter ein. Es wäre Zeit, daß wir uns von den Kinderkrankheiten freimachten. Der Kaiser forderte zu Vertrauen auf Gott, dem alten Verbündeten von Roßbach und Dennewitz, auf und schloß: „Zu Großem sind wir noch bestimmt; herrlichen Tagen führe ich Euch noch entgegen. Mein Kurs ist der richtige, er wird weitergesteuert."

— Die Volksschulgesetz-Kommission setzte ihre Berathung bei Absatz 4 des § 17, Theilnahme der Kinder von Dissidenten an dem Religionsunterricht, fort. Die Freikonservativen beantragen, daß die Befreiung von dem Religionsunterricht erfolge, wenn von den Eltern beantragt und bescheinigt werde, daß die Kinder nach der Lehre ihres Bekenntnisses den Religionsunterricht erhielten. Abg. Bruel beantragt, die Kinder der Dissidenten nehmen Theil an dem Religionsunterricht der Schule, sofern nicht die Eltern das Gegentheil verlangen. Der Kultusminister schließt sich dem Antrage der Freikonservativen an und äußert Bedenken gegen den Antrag Bruel. Abg. v. Koscielski meint, ehe der Antrag Bruel angenommen werde, würden die Konservativen lieber ein Vacuum lassen. Abg. Rickert (dfr.) verlangt die Vorlegung des Falk'schen Entwurfs, was der Kultusminister ablehnt, da hierzu ein Beschluß des Staatsministeriums erforderlich sei. Die Kommission nahm den Absatz 4 gemäß dem Antrag Bruel und sodann den ganzen § 17 an. § 18 wird ausgesetzt. § 19, wonach die Gesammtdauer der Ferien jährlich 9 Wochen nicht übersteigen soll, wird angenommen, ebenso § 20: Die Schulzucht darf die Grenzen der elterlichen Zucht nicht überschreiten.

Danzig, 24. Febr. Nach der „Danziger Zeitung" hat der Polizeidirektor gestern dem hiesigen Magistrat mitgetheilt, 3000 Arbeiter, 1000 Arbeiterinnen seien ohne Erwerb und es herrsche große Noth. Der Polizeidirektor ersuchte den Magistrat, in schleunige Erwägung über die Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu treten.

Ausland.

Wien, 24. Febr. Dem „Neuen Wiener Tagblatt" zufolge erklärte der Finanzminister heute einer Abordnung des österreichischen Export-Vereins gegenüber entschieden, daß Oesterreichs Finanzen unter den niedrigen Tarifen der Staatsbahnen litten. Der Regierung erübrige nur entweder die Einführung einer Transportsteuer oder die Erhöhung des Güter-Tarifs auf den Staatsbahnen.

Bern, 24. Febr. Die spanische Regierung ersuchte den schweizerischen Bundesrath, Unterhändler für die Vereinbarung der neuen Handelsverträge zu bezeichnen, indem sich erstere principiell bereit erklärt, die Ansätze des neuen Minimalzolltarifs zu ermäßigen.

Paris, 24. Febr. Das Ministerium Rouvier, dessen Bildung gesichert scheint, dürfte fast allseitig günstige Aufnahme finden.

Ein großer Dynamitdiebstahl, den spanische Anarchisten ausgeführt haben, macht gewaltiges Aufsehen. Die Thäter sollen einen Theil des Dynamits schon über die Grenze geschafft haben.

Der berüchtigte Hochstapler Kayser ist heute früh den deutschen Behörden in Avdun le Roman ausgeliefert worden.

London, 24. Febr. Das Unterhaus hat mit 267 gegen 220 Stimmen den Antrag des Abgeordneten Samuel Smith zu Gunsten einer Entstaatlichung der Kirche in Wales abgelehnt.

Petersburg, 24. Febr. Die „Pol. Korr." erfährt, daß in den Ostseeprovinzen selbst in den Kinderbewahranstalten die russische Sprache vorgeschrieben wurde.

Baden.

Karlsruhe, 24. Febr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimeraths Frhrn. v. Ungern-Sternberg entgegen. Darnach ertheilte Höchstderselbe den nachbenannten Personen Audienz: dem Hofbaudirektor Hemberger, dem Hoffinanzrath Drechsler, dem Hofbaumeister Auersbach und dem Hofgärtner Gräbener; ferner dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, Schneider, dem Landgerichtspräsidenten Kamm in Mosbach, dem Prorektor der Universität Heidelberg, Professor Dr. Merx, dem Prorektor der Universität Freiburg, Professor Dr. Ziegler, dem Archivrath Dr. Schulte in Karlsruhe, dem Oberförster Wänker von Dankenschweil in Ettlingen, dem katholischen Pfarrer Gaa in Kirrlach und den Steuerkommissären Hofmann in Sinsheim und Abele in Durlach. Hierauf meldete sich der Hauptmann von Leuchsenring, Kompagniechef im Infanterie-Regiment Graf Kirchbach (1. Niederschlesisches) Nr. 46, bisher im 7. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 142. Nachmittags empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Professor Dr. Hermann aus Marburg und nahm dann den Vortrag des Legationsrathes Dr. Frhrn. v. Babo entgegen. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin nahmen hierauf an dem Abendgottesdienst in der Schloßkirche Theil. Am späteren Abend fand eine Hoftafel statt, zu welcher auch Professor Dr. Hermann, sowie andere Personen Einladungen erhalten hatten.

** **Karlsruhe**, 24. Febr. Heute hat man Gelegenheit gehabt, „die Gesellschaft" der Nationalliberalen in der Kammer genauer kennen zu lernen. Der eigentlichen Berathung ging eine ¾stündige Erörterung voraus, die sich zu einem förmlichen Gezänk gestaltete und ein sehr schlimmes Licht auf die nationalliberalen Führer warf. Der Abg. Kiefer, der täglich mehr den Eindruck eines steuerlosen Mannes macht, las aus dem „Bad. Beob." folgende Sätze des Artikels über die Vorgänge in der Schulkommission vor:

„Abg. Hennig hatte nämlich die Frage gestellt, wie es komme, daß die nationalliberale Fraktion in Frage der Gehaltsregulirung der Volksschullehrer Beschlüsse gefaßt und der Kommissionsminderheit mitgetheilt habe, ehe die Kommission selbst darüber berathen habe. Nachdem er sehr unfreundlich den Fragesteller unterbrochen hatte, scheute sich Kiefer nicht, zu behaupten, es seien keine Fraktionsbeschlüsse gefaßt worden; sie hätten nur als Freunde Unterredungen gehabt; keiner sei gebunden, jeder könne es halten wie er wolle.

Das ist das direkte Gegentheil von Wahrheit."

Mit bekannter Kühnheit im Behaupten und Verneinen wie auch mit der ihm eigenen Feinheit des Ausdruckes stellte Kiefer in Abrede, daß „bindende" Fraktionsbeschlüsse gefaßt worden seien und beschuldigte den Verfasser des Artikels ziemlich deutlich der „Lüge". Er that es allerdings mit einer Einschränkung, die indessen dem Vorwurf wenig von seiner Schärfe nahm. Er leugnete auch, den Abg. Hennig „sehr unfreundlich" unterbrochen zu haben und blieb bei diesem Leugnen auch dann noch, nachdem Hennig auf's Entschiedenste versichert hatte, Kiefer habe ihn „heftig" unterbrochen. Nun braucht man ihn ja nur in der Kammer zu beobachten, um sich alsbald zu überzeugen, daß er in solchen Fällen gar nicht anders kann, als „sehr unfreundlich" und „heftig" reden und — gestikuliren. Es mag allerdings sein, daß der Mann es nicht immer weiß, allein während andere Leute in solchen Fällen vorsichtig und bescheiden erklären, daß sie sich dessen nicht erinnerten oder nicht bewußt gewesen seien, um nicht thatsächlich die Wahrheit zu verletzen, ist Kiefer jeweils mit der ebenso bestimmten wie herausfordernden und den Gegner verletzenden Behauptung bei der Hand: es ist nicht wahr.

Was Kiefer in Abrede stellte, das hatte Abg. Wengoldt als Berichterstatter der Kommission offiziell mitgetheilt oder vielmehr den nicht nationalliberalen Mitgliedern derselben, **ohne daß Kiefer oder ein anderes nationalliberales Kommissionsmitglied irgendwie Einsprache erhoben hätte.**

Die Abgg. Hennig und Wacker stellten den Kiefer'schen Ausführungen gegenüber diesen Thatbestand nochmals

---

Im Sturme geläutert.

44) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Zwei Lakaien in prachtvoller Livree rissen die Flügelthüren auf und Madelon trat in ein Zimmer, dessen Einfachheit sie unwillkürlich überraschte. Sie hatte einen prachtvollen Saal erwartet, mit einer Estrade, auf welcher ein Thronsessel für den König stand; der König trug nicht einmal eine Krone, sondern eine Perrücke wie sie damals Mode waren. Er hatte gerade seine Zeitung gelesen und hielt noch das Blatt in seinen Händen. Auch die Königin war zugegen, aber die Oesterreicherin trat auch nichts weniger als königlich auf; sie war mit einer Handstickerei beschäftigt und beantwortete dabei mit unermüdlicher Geduld die fortwährenden Fragen, welche der kleine zu ihren Füßen spielende Dauphin an sie richtete. Denn es war die Zeit, wo sie gewöhnlich ihre Kinder zu sehen pflegte; da aber die kleine Prinzessin Charlotte unwohl war, so befand sich die Gouvernante Baronin Tourzelle bei dieser, und Lucie von Renancourt hatte an ihrer Stelle das königliche Kind Frankreichs zu seinen Eltern gebracht. Sie stand jetzt im Hintergrunde des Zimmers, erwartend, daß man sie rufe.

Madelon schaute sich erstaunt um, dachte aber gleich, der Mann mit der Zeitung müsse am Ende doch der König sein. Sie ging zu ihm, ließ sich auf ein Knie nieder, und beugte die Hände auf der Brust kreuzend ihr Haupt.

„Steh auf mein Kind", sagte der König lächelnd. Man kniet nur vor Gott, nicht vor dem Könige."

„Aber der König regiert an Gottes Statt das Land", antwortete Madelon sich erhebend, „und wenn ich vor dem Könige knie, knie ich vor Gott."

„Wahrlich, Madame," wandte sich der König an die Königin, „das ist seit lange wieder ein gesunder Gedanke, den ich aus dem Volke höre." Dann wandte er sich gütig an das Mädchen: „Du nennst Dich Madelon."

„Ja, Sire, Madelon Fleurant."

„Du mußt einen wackeren Vater haben, daß der Dich lehrt, die Könige regierten an Gottes Statt. Sag' ihm, daß mich Deine Worte gefreut haben."

„Meine Eltern sind längst todt, ich lebe bei meinem Oheim, dem königlichen Förster Stofflet in St. Florent."

„Stofflet! Stofflet!" wiederholte der König sinnend. „Ich meine, ich hätte schon einmal diesen Namen gehört; . . . ich weiß nicht wo . . . aber Du mein Kind; was willst Du in Paris? Und wie geht es meinen guten Leuten in der Vendée?"

„Sire," erwiderte Madelon mit einem tiefen Seufzer, „es geht den Leuten in der Vendée sehr schlecht; und sie wollen das nicht länger ertragen."

„Ei, ei, und was fehlt den Leuten?"

„Man verfolgt die Religion und die Vendéer meinen, der König solle das nicht dulden."

Die Königin warf einen Blick höchlicher Ueberraschung nach dem Landmädchen. Ueber das Gesicht des Grafen von Lescures glitt ein leises Lächeln.

Der König seufzte abermals tief.

„Glauben denn die guten Leute in der Vendée, es sei noch wie früher, wo der König dulden konnte, was er wollte, und abstellen konnte, was er nicht wollte?"

„Da der König an Gottes Statt regiert, so muß er das wohl können; und wenn ihm die Macht dazu fehlt, weil seine Gegner übermächtig geworden sind, so muß er die guten Bürger anrufen, daß sie ihm zur Seite stehen."

„Wie heißest Du, mein Kind!" fragte die Königin betroffen.

„Madelon Fleurant," antwortete das Mädchen mit einem Knixe.

„Denken die Leute alle so bei Dir daheim?" fragte die hohe Dame wieder.

„Ja, so denken sie alle," entgegnete Madelon, „und Onkel Stofflet sagt, in der Bretagne dächten sie ebenso."

„Sire," rief die Königin, „hier thut sich uns ein neuer Gesichtskreis auf."

„Versuchungen, Madame," verbesserte der König, „um auf dies unglückliche Land noch das schrecklichste Uebel hereinbrechen zu lassen: den Bürgerkrieg!"

„Unsere jungen Leute sind zum Krieg entschlossen;" fuhr das Mädchen fort. „Es fehlt ihnen nur noch ein Mann mit großem Namen. Deshalb bin ich an den Grafen von Larochejacquelin gesandt."

„Kind, welcher Aufgabe hast Du Dich unterzogen?" rief der König erschrocken.

„Es weiß bei uns Niemand, wie es noch schlimmer werden kann; unsere Geistlichen sind von ihren Pfründen vertrieben worden, weil sie einen Eid nicht leisten wollten, den sie vor Gott und ihrem Gewissen nicht halten können. Unser Land wird von den Kommissaren der Nationalversammlung regiert, die des Königs spotten, dem sie geschworen, und die uns Lasten und Drangsale auflegen, über welche Niemand zu klagen wagt, weil's doch nichts nützt."

„Aber so beschwert Euch doch: Reicht nur Eure Beschwerden ein," sagte der König.

„Aber wir wissen, daß man den König in Gefangenschaft hält . . ."

„Sehr wahr," meinte die Königin.

„Mein Blut will ich ja für Euch geben!" rief der König verzweifelt.

„Und wir das unsere für Eure Majestät," antwortete Madelon rasch. „Geheime Zusammenkünfte finden überall statt; zu dem Onkel Stofflet kommen sie aus dem ganzen Lande, und Herr Cathelineau geht überall umher und wirbt Genossen."

„Wer ist das? Kind!"

„Das ist ein Leinwandhändler in la Pin en Mange nicht weit von Montrevault. Der ist überall. Sie haben schon von ihm gehört . . ."

„Wer?"

„Die Kommissäre; sie stellen ihm nach und wollen ihn fangen; aber Herr Cathelineau ist schlau."

„Sie werden ihn ergreifen."

„Ja, wenn sie wüßten, wer es wäre," bemerkte Madelon mit listig funkelnden Blicken. „Aber wenn er auf's Land zieht, — — Ew. Majestät darf ich das wohl sagen — — da trägt er immer einen dunkeln Bart und ist einäugig, er hat ein schwarzes Pflaster über dem Auge, und als man gegen seine Person Verdacht schöpfte, da hat man sich bei seinen Nachbarn vorsichtig erkundigt und erfahren, daß Herr Cathelineau nie einen Bart getragen, und auch zwei ganz gesunde Augen besitze. Jetzt suchen sie immer noch den Einäugigen mit dem dunkeln Barte."

„Majestät," meinte die Königin, „die Sache muß schon sehr weit gediehen sein, wenn . . ."

Unkundig der Etiquette, unterbrach das Mädchen die Königin: „Ja, wenn wir nur einen hätten. Aber der Graf von Larochejacquelin thut's gewiß," setzte sie treuherzig bei. „Wir haben auch schon alle Waffen;" sagte sie dann in geheimnißvollem Tone, „wer kein Gewehr hat, der hat seine Sense gerade schmieden lassen und Säbel und Picken gibt's in Menge. Und sobald es losgeht, meint der Onkel Stofflet, nehmen wir alle Waffen weg, die wir finden."

Der Graf de Lescures trat vor und legte dem Mädchen die Hand auf die Schulter.

„Ich bin zwar nur der Graf de Lescures, mein Kind, aber in keinem Falle soll es der Vendée an einem Führer fehlen, wenn sie sich für die Sache ihres Königs erhebt."

„Herr Graf," bemerkte der König in entschiedenem Tone. „Sie werden nicht in die Vendée gehen. Lassen Sie die Ereignisse gehen, wie Gott will."

„Majestät!" sprach die Königin.

„Antoinette!" erwiderte der König, indem er seiner Gemahlin Hände ergriff und ihr mit liebevollem Schmerze in die Augen sah: „das allein thut mir leid, daß Deine unschuldige Person in das tragische Geschick der Bourbons hereingezogen wird. Viel ist in Versailles gesündigt worden, bis die Schale des göttlichen Zornes voll war."

„Aber die Hand Eurer Majestät ist rein," rief die Königin.

„Was der Thron an der Heiligkeit Gottes verbrach, das muß auch der Thron sühnen. Hast Du es gehört, Antoinette, wie dies Kind der Vendée sprach: an Gottes Statt regieren die Könige, — und, weh mir, daß ich meine eigenen Ahnen anklagen muß, das war keine Regierung an Gottes Statt."

„Das sind große Dinge," meinte Madelon, „von welchen wir einfache Landleute in der Vendée nichts verstehen. Aber das wissen wir, Sire, Sie sind unser König, man hält Sie gefangen und die Vendée wird zu den Waffen greifen, um Sie zu befreien. Dazu sind Alle entschlossen."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

fest, den auch Abg. Heimburger als „Unbetheiligter" bestätigte. Wenn es wäre, wie Kiefer jetzt nachträglich behauptet, dann hätte Wengoldt in der Kommission eine unwahre Mittheilung gemacht und zwar in offizieller Form und Kiefer und Genossen hätten dazu geschwiegen, also indirekt Theil daran genommen. Mit beispielloser Rücksichtslosigkeit wurde nun Wengoldt von seiner Fraktion geopfert und förmlich zum „Prügelknaben" gemacht. Von verschiedenen Seiten wurde in Abrede gestellt, daß die Fraktion Beschlüsse gefaßt habe, es seien überhaupt nur ganz wenige Fraktionsmitglieder beisammen gewesen, Wengoldt habe in der Kommission „unrichtig oder ungenau" sich ausgedrückt. Zwischen hinein fiel aber ab und zu doch wieder das Eingeständniß der „Fraktionsbeschlüsse." Wengoldt selbst stellte fest: sie hätten „sich geeinigt" und er sei „beauftragt" worden, die betreffenden Mittheilungen in der Kommission zu machen. Ob Viele oder Wenige dabei waren, sagte er auffallender Weise nicht, wie er auch in der Kommission ohne alle Einschränkung von Fraktionsbeschlüssen gesprochen hatte. Die Herren suchten sich sehr geräuschvoll an das „**bindend**" anzuklammern — „bindende" Beschlüsse seien nicht gefaßt worden. Das war pure Wortklauberei. Wie Abg. Wacker betonte, ist es gar nicht mißverständlich, wenn einmal offiziell bekannt gegeben wird, daß „die Fraktion beschlossen" hat. Niemand kann es anders auffassen als so, daß deren Mitglieder insgesammt sich auf ein bestimmtes Ziel geeinigt haben und nicht (der Eine dahin, der Andere dorthin) nach verschiedenen Richtungen auseinandergehen. Offenbar liegt die Sache so: die Herren haben beschlossen, wie Wengoldt mittheilte, — der Abg. Wengoldt ist ein Mann der Ueberzeugung und Wahrheitsliebe, dessen Versicherungen unbedingt glaubhaft sind — nur waren sie nicht vollzählig. Nachträglich merkten sie, daß sie unklug und taktlos gehandelt hatten und suchten die Sache aus der Welt zu schaffen. Der Umstand, daß die Fraktion nicht vollzählig beisammen war, bot ihnen die erwünschte Handhabe. Wenn Wengoldt dabei über die Klinge springen mußte und die Wahrheit etwas zu kurz kam, so setzten sie sich leichten Herzens darüber hinweg. Ohnehin ist Wengoldt kein Verehrer der Kiefer'schen Manieren und ist für das Richtige und Praktische auch dann nicht ganz unempfänglich, wenn es von Centrumsleuten geboten oder vertreten wird. Die Herren Wittmer und Fieser ereiferten sich noch in Betheuerungen, daß bei ihnen keinerlei „Fraktionszwang" bestehe. Wittmer wollte sogar erregt werden, weil der Abgeordnete Wacker seine beifälligen Versicherungen mit Lachen aufnahm, während Fieser bezeichnender Weise gleich die Vermuthung aussprach, daß man auf der Seite des Centrums lachen werde, wenn er versichere, daß bei den Nationalliberalen kein Fraktionszwang bestehe. Er verstieg sich dann zu der geradezu kolossalen Behauptung: „Wer auch jetzt noch sage, daß bei ihnen Fraktionszwang vorkomme, der lügt". Die Sache ist ja sehr einfach; es kommt lediglich darauf an, wie man den „Fraktionszwang" interpretirt. In dem Sinne, daß Einer in Verfolgung gesetzt wird, wenn er sich nicht unterwirft, gibt es natürlich keinen. Daß es aber im herkömmlichen Sinne bei den Nationalliberalen einen ganz ausgeprägten Fraktionszwang gibt, das hat man bei den wiederholten Verhandlungen über die Eberbacher Wahl gesehen — von anderen Gelegenheiten nicht zu sprechen. Darauf wies Abgeordneter Wacker hin, mit bitterer Ironie bemerkend: es mache sich natürlich ganz von selbst, wenn die Herren selbst in solchen Fällen geschlossen stimmen, in denen dieser und jener sich vorher ganz anders ausgesprochen oder Klage darüber geführt habe, daß dieser oder jener Führer die Sache in der Fraktion so und so dargelegt habe.

Wenn Kiefer und Fieser mit „Lüge" um sich warfen, so sollte damit wohl bekundet werden, wie sehr den Herren daran gelegen ist, einen besseren „Ton" in den Kammerverhandlungen zur Geltung zu bringen. Abg. Wacker meinte, Niemand in der Kammer habe mehr Anlaß, mit solchen Ausdrücken zurückhaltend zu sein, „als gerade der Abg. Kiefer, wobei der fanatisch-leidenschaftliche Mann aufschnellte und in seiner drohenden Manier zum Redner hinüberrief: Was? Wie meinen Sie das? Wacker hielt es nicht der Mühe werth, ihm eine Antwort zu geben. Auch war es ja gar nicht schwer, Sinn und Tendenz der Wacker'schen Bemerkung zu verstehen. Während dieser Erörterungen hatte Kiefer mitgetheilt, daß die Schulkommission beschlossen habe, ihre Arbeiten einfach fortzusetzen — also unter Kiefer'scher Leitung. Wacker gab daraufhin die Erklärung ab, daß unter solchen Umständen er und die übrigen Mitglieder aus dem Centrum als ausgetreten zu betrachten seien. Präsident Lamey stellte es der Rumpfkommission anheim, ob sie im gegenwärtigen Stadium ihrer Arbeiten sich durch Nachwahlen vervollständigen wolle oder nicht. Aus ihrem bisherigen Verhalten zu schließen macht sie einfach weiter. Eine Nachwahl hätte insofern auch keinen Zweck, als Niemand vom Centrum eine Ersatzwahl annehmen würde, wenn Kiefer das Präsidium behielte.

* **Karlsruhe,** 25. Febr. Wen Gott verderben will, den schlägt er zuvor mit Blindheit. An dieses Wort der Alten wird man unwillkürlich erinnert, wenn man das Gebahren der nationalliberalen Fraktion d. h. ihrer Führer im Landtage beobachtet. War das eine Sitzung am Dienstag Abend, wie stürmte und blitzte es da und wie schlug es ein. Glücklicherweise erhob sich dann aber keine Feuerlohe, sondern oft nur allgemeines Gelächter und zwar zumeist auf Kosten des Herrn Abgeordneten und nationalliberalen Führer's Kiefer. Wer Studien machen will, wie ein Parlamentarier sich nicht benehmen soll, kann das bei diesem Herrn gründlich besorgen. Da ist von Ruhe, von Vornehmheit keine Spur mehr, eine nervöse Aufgeregtheit läßt ihn die gewöhnlichsten Gebote der Klugheit vergessen. Hat er sich jetzt durch einen Zwischenruf und durch die prompte Antwort auf denselben eine Niederlage geholt, so wirft er fünf Minuten darauf schon wieder einen solchen in die Debatte, um natürlich zu dem gleichen Resultate zu gelangen. Ueber eine Scene, wie ihn Abg. Wacker eines schlechten Gedächtnisses bezichtigte, ist schon gestern berichtet worden. „Was? Sie? Sie wollen mich überführen?" schrie er in höchster Ekstase, um sich dann an den Präsidenten zu wenden, der ihm aber trotz besten Willens nicht beispringen konnte. Als darauf Abg. Wacker auf den Zuruf eines Fraktionsgenossen, den Beweis zu führen, bemerkte, „gewiß, wenn er mit mehr Bescheidenheit von Herrn Kiefer angegangen worden wäre", stimmten in das allgemeine Gelächter sogar die Parteifreunde des Herrn Kiefer ein, was einen fast mitleiderregenden Eindruck machte. Dasselbe wiederholte sich später, als Abg. Birkenmayer die Bemerkung machte, Herr Kollege Kiefer scheine das Recht einer Opposition gar nicht anerkennen zu wollen. „Gewiß, vollkommen" erwiderte der Letztere, worauf Abg. Birkenmayer mit der Frage, „Warum sind Sie denn so aufgeregt?" einen Sturm von Heiterkeit entfesselte. Mit dieser Frage war der Nagel auf den Kopf getroffen. Herr Kiefer kann es wirklich nicht fassen, daß ihm, der Partei, welcher er angehört und den Principien, die er vertritt, entgegengetreten wird. Er ist empört über jedes gegen ihn gerichtete scharfe Wort, findet aber die stärksten Ausdrücke nach der andern Seite hin gerechtfertigt. Und von diesen „stärksten Ausdrücken" macht er selbst am ausgiebigsten Gebrauch. Die Katholiken, oder wie er sagt der Klerikalismus, sind ihm die verächtlichsten Gegner, der Feind aller Kultur und Sitte. „Sie sind ja das Mittelalter", bemerkte er höhnisch triumphirend zum Abg. Wacker gewandt, wobei er wunders meinte, wie geistvoll er gewesen wäre. Das gibt ein Bild von dem Benehmen dieses nationalliberalen Führers. Mit derselben höhnischen Schadenfreude meinte er später, er werde den „dummen Kerl" (der den Namen „Löwe von Zähringen" aufbrachte) noch oft wiederholen „um mir Gelegenheit zu geben, erwiderte Abg. Wacker, zu zeigen, wie fein Ihr Ton ist". Ueberhaupt wandten sich alle Zwischenrufe Kiefers gegen ihn selbst, theils weil sie keine Wirkung ausübten und nur von Haß aber nicht von Geist zeugten, theils weil sie sofort Anlaß zu einer glänzenden Abfuhr boten. Nur ein einziger — wir berichten ganz objektiv — könnte eine Ausnahme machen. Als Abg. Wacker auf die Schrift des Kardinals Hergenröther zur Informirung über Rom und den Kirchenstaat hinwies, stellte Abg. Kiefer dieser Schrift das Geschichtswerk von Gregorovius über denselben Gegenstand gegenüber. Das blieb unbeantwortet. Wenn aber Herr Abg. Kiefer meinen sollte, aus Gregorovius könnte er die Berechtigung für seine Behauptung „der Kirchenstaat sei ein Räuber- und Bettlerstaat gewesen" herleiten, so ist er doch im Irrthum. So viel kennen wir auch das Werk von Gregorovius. Das Höchste, was aber Herr Abg. Kiefer leistete an jenem Abend, war sein Angriff gegen Venedey. Wir glauben, daß sich das Herz auch manches nationalliberalen Abgeordneten und Zuhörers zusammenkrampfte, als Herr Kiefer in dem ihm so eigenen scharfen und verletzenden Tone dem genannten jungen freisinnigen Abgesandten den eigenen Vater vorwarf, der unmöglich mit seiner Richtung einverstanden wäre. Abg. Venedey erwiderte ruhig und würdevoll, wobei er mit einem Ausdruck seines Vaters schloß „der Name Nationalliberal sei ein schöner Name für eine schlechte Sache." Noch viel ließe sich über einzelne Behauptungen des Abg. Kiefer in jener Sitzung anführen — einmal meinte er auch zum Gaudium des Hauses, die Klöster seien ja Ausnahmezustände — doch wollen wir dieses Thema verlassen, um noch einige andere Momente zu berühren. Rührend war auch wieder das Benehmen des Präsidenten Lamey's. Obgleich er als Präsident verpflichtet ist, vollständig unparteiisch zu sein, obgleich er auch, wie dies aus seinen Worten hervorging, die besten Vorsätze in dieser Richtung gefaßt hatte, so konnte er doch der alten Liebe zur nationalliberalen Partei nicht Herr werden und sein Herz zog ihn immer auf die Seite seiner Freunde. Als Abg. Fieser, welcher in der Abendsitzung recht behutsam war und in parlamentarischer Weise sprach, Ausdrücke, welche er Morgens über die Geistlichkeit gebraucht hatte, als ob dieselbe mit Gott weiß was für zweifelhaftem Gelichter auf den Wirthsbänken herumsitze, als von ihm gesprochen in Abrede stellen wollte, sprang ihm Freund Lamey sofort bei, „Nein, diese Ausdrücke sind nicht gefallen, sonst hätte ich sie hören müssen und ich habe sie nicht gehört." Selbstverständlich konnte Herr Pfarrer Wacker am Schluß der Sitzung aus dem stenographischen Wortlaut die Richtigkeit der von ihm gemachten Notizen über diese Ausdrücke nachweisen. Ueberhaupt könnten die Herren nach so eklatanten Niederlagen etwas vorsichtiger sein, wenn Abg. Wacker ihnen gegenüber eine Behauptung aufstellt und aufrecht erhält. Das bessere Gedächtniß ist doch auf seiner Seite. Aerger als dies war aber das Benehmen des Herrn Präsidenten, insofern er — in der Morgensitzung — selbst einen Zwischenruf — er der Präsident — in die Debatte schleuderte, nämlich die Worte „Gemischte Ehen" gegenüber dem Abg. Gerber. Köstlich war es nun, anzuhören, wie diplomatisch fein und geschickt der Abg. Wacker dies Benehmen des Herrn Präsidenten kennzeichnete. „Der Abgeordnete Lamey, so bemerkte er, hat ebenfalls einen Zwischenruf gebracht. Ich sage ausdrücklich der Abgeordnete Lamey. Denn als Präsident kann er dies doch wohl nicht thun". Dem armen Präsidenten krümmten sich bei dieser doch gewiß harmlosen und unschuldigen Aeußerung die Eingeweide und aus seiner späteren Erklärung „er habe trotz aller Vorsätze auch zwei Worte in die Diskussion geworfen" konnte man ersehen, wie peinlich ihm der Auftritt war. Na, wir sind so etwas beim jetzigen Präsidenten schon gewohnt.

Damit der Humor in den langen Debatten auch außer den kleinen Scharmützeln Kiefer-Wacker zu seinem Rechte komme, hielt auch Herr Abg. Frank eine Rede. Er wollte einmal den bösen Wacker ganz gründlich vermöbeln, weßhalb er die einzelnen Behauptungen desselben unter die Lupe nahm. (Bravo.) Nach ihm ist Herr Staatsrath Eisenlohr, des höchsten Vertrauens würdig, denn er hat Interesse für die Landwirthschaft und ist, wie im „Beobachter" selbst zu lesen war, ein energischer, tüchtiger Mann, womit Herr Frank, da er die Interessen der Landwirthschaft als die einzig existirenden und außerdem keine anderen kennt, natürlich vollständig Recht hat. Wer überhaupt nicht durch das Parteihorn sähe, meinte Herr Frank dann weiter — man denke sich Herrn Frank mit einem oder zwei Hörnern auf der Stirn, pardon vor den Augen, denn er ist doch auch Parteimann — der müsse alles für gut finden. Die Mehrheit der Bevölkerung stehe hinter den Nationalliberalen, denn so sagt Herr Frank, die Minderheiten aus den oppositionell wählenden Kreisen zu den nationalliberalen Kreisen gerechnet, sind wir die stärksten. Natürlich Gevatter. Darauf verlor sich Herr Frank in persönliche Erinnerungen über Herrn Wacker, der 1881 gewählt und 1883 durchgefallen wäre. Trotzdem Abg. Wacker den Kopf schüttelte, blieb Herr Frank, der auch ein Kiefer'sches Gedächtniß hat, bei seiner Behauptung, der er noch verschiedenes andere folgen ließ.

Damit wollen wir heute, um einen angenehmen Eindruck festzuhalten, schließen. Nächstens mehr.

● **Karlsruhe**, 21. Febr. Der Abg. Friderich hat in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer eine große Lobrede auf den zunehmenden Wohlstand der badischen Bevölkerung gehalten, nachdem er schon in der Woche vorher behauptet hatte, es gebe gar keinen Nothstand in Baden. Als Beweis für den wachsenden Wohlstand diente ihm die Zunahme der Steuererträgnisse und das Wachsthum der veranschlagten Steuerkapitalien. Man könnte allerdings darauf antworten, dies beweise nur, daß das Volk mehr Steuern bezahle, daß die Steuereinschätzung gründlicher und strenger genommen werde, und Thatsache ist, daß Mancher, der höhere Steuern bezahlen mußte, dadurch oder darum nicht um einen Pfennig wohlhabender geworden ist. Aber wir wollen seine Wohlstandsbetrachtung auch einmal von einer anderen Seite betrachten, nämlich nach der Zahl der Konkurse. Das statistische Jahrbuch zählt im Jahre 1889 an eröffneten Konkursen 254 auf, 36 mehr als im Jahre vorher, 44 mehr als im Jahre 1887, und 38 mehr als im Jahr 1886 und 55 mehr als im Jahre 1885 u. s. w. Liegenschaftliche Zwangsversteigerungen waren es 857, das Jahr vorher 820, wieder ein Jahr vorher 799, und im Jahr 1886 noch 815. Die Pfandeinträge erreichten im Jahr 1889 die Summe von 202 Millionen, die Pfandstriche nur 125 Millionen, also 77 Millionen weniger. Somit stieg die Verschuldung, die Verarmung des Volkes in dem einen Jahre um 77 Millionen. Aber diese 77 Millionen neuer Schulden müssen von den Pfandgläubigern als neue Kapitalien versteuert werden, während sie den armen Pfandschuldnern an ihrem Steuerkapital nicht in Abzug kommen. „Seht da," ruft Herr Friderich, „wie der Wohlstand unseres Landes wächst, 77 Millionen mehr Kapital ist vorhanden, um soviel hat der Wohlstand in einem Jahre zugenommen." Aber im rechten Lichte betrachtet hat er um soviel abgenommen, denn die eigenthümliche Einrichtung unseres Steuersystems, wonach die Schulden am Steuerkapital (ausgenommen des Kapitalrentensteuerkapital) nicht in Abzug gebracht werden dürfen, bewirkt, daß die Zunahme der Verschuldung des Volkes in Friderich's Augen als Zunahme des Volksvermögens erscheint.

In Wirklichkeit deckt sich nicht einmal die Zunahme der Rentensteuerkapitalien mit der Zunahme der Pfandeinträge. Die Kapitalien wuchsen in demselben Jahre 1889 nur um 41 Millionen, die Schulden aber um 77 Millionen, so daß also nach jedem Gesichtspunkte der Wohlstand des ganzen Landes um wenigstens 36 Millionen außer Zweifel steht.

So war es im Jahre 1889. Aehnlich auch 1888: die Pfandeinträge erreichten 178 Millionen, die Pfandstriche 135 Millionen, also eine Mehrverschuldung von 48 Millionen, die Kapitalrentensteuerkapitalien wuchsen um 20 Millionen. So war es in allen früheren Jahren bis zum Jahre 1882, bis wohin das statistische Jahrbuch zurückgeht, jedes Jahr sind die Pfandeinträge um viele Millionen höher als die Pfandstriche.

	Einträge. Mill.	Striche. Mill.	Schuldenzuwachs. Mill.
1882	120	83	37
1883	117	89	28
1884	120	116	4
1885	128	120	8
1886	152	131	21
1887	164	147	17
1888	179	135	43
1889	202	125	77
			235

Das ergibt in 8 Jahren 235 Millionen Mehrverschuldung des Volkes. Das nennt Herr Friderich: Zunahme des Wohlstandes.

▲ **Malsch b. W.**, 23. Febr. Die schon seit einem Jahr hier in's Leben gerufene Abtheilung des katholischen Volksvereins in der Stärke von über 50 Mitgliedern hat sich am letzten Sonntag mehr als verdoppelt. Auf Veranlassung unseres hochw. Herrn Pfarrers wurde auf diesen Tag eine Versammlung einberufen, zu der auf Einladung Herr Redakteur Haefner aus Karlsruhe erschien und einen Vortrag hielt über Wesen, Zweck und Organisation des katholischen Volksvereins, sowie über die wichtigsten politischen Tagesfragen. Die Bewohner von hier, Malschberg, Rettigheim und anderen Nachbarorten fanden sich äußerst zahlreich zu der Versammlung ein, so daß schon lange vor der festgesetzten Stunde der sehr geräumige Saal des Gasthauses zur „Rose" nebst den anstoßenden Räumlichkeiten thatsächlich überfüllt war. Außer den Herren Geistlichen von hier und Rettigheim waren auch die beiden Bürgermeister und sämmtliche Gemeinderäthe der beiden zur Pfarrei gehörigen Gemeinden Malsch und Malschberg anwesend. Nach der mehr als einstündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Rede unseres Karlsruher Gastes, traten von hier sofort ca. 70 neue Mitglieder dem Verein bei, von Malschberg etwa 36, doch dürfte damit der Verein seinen Höhepunkt noch nicht erreicht haben, denn fast täglich finden bei den Vertrauensmännern noch weitere Anmeldungen statt. In Rettigheim hat sich ebenfalls ein neuer Verein gebildet mit nahezu 60 Mitgliedern, die ebenfalls fast sämmtlich der Versammlung anwohnten. Hoffentlich folgen bald noch viele andere Gemeinden diesem Beispiel.

Freiburg, 24. Febr. Der heute veröffentlichte, am nächsten Sonntag zur Verlesung gelangende Fastenhirtenbrief unseres Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Johannes Christian behandelt in besonders zeitgemäßer Anwendung den letzten Artikel des apostolischen Glaubensbekenntnisses: „Ich glaube an das ewige Leben", als den Schlußstein aller anderen Glaubenswahrheiten. Ohne ihn — so ist in Kürze der Gedankengang — ist das irdische Leben nicht bloß ohne befriedigendes Ziel, sondern auch ohne Ordnung, weil ohne wahre, für alle geltende Sittlichkeit. Wie dieser Glaube unumgänglich nothwendig ist für das wahrhaft glückliche und sittliche Leben des einzelnen Menschen, so in noch höherem Maße für den Bestand und das Glück der menschlichen Gesellschaft. Fast alle die großen Schäden und Gefahren der modernen Gesellschaft, wie sie namentlich in der Zersetzung des Familienlebens, in dem zunehmenden feindlichen Gegensatze zwischen Armen und Reichen, in der Verachtung aller Autorität und des Gesetzes hervortreten, zeigen sich als Früchte des unglückseligen Bemühens, dem Volke den Glauben an die vergeltende Ewigkeit zu rauben. Dieser Glaube ist hinwiederum das einzige ausgiebige Heilmittel. „Wenn der lebendige Glaube an ein ewiges Leben die Menschheit wieder erleuchten und erwärmen würde, so wären die großen Schäden und Gefahren der Gesellschaft, welche heute so drohend erscheinen, bald beseitigt und das Wohl der Einzelnen wäre nach Möglichkeit gesichert. Daraus ergibt sich aber für jeden gläubigen Christen die dringende Pflicht, zur christlichen Wiedergeburt der Gesellschaft eifrig mitzuwirken, die Bemühungen der Kirche auf allen Gebieten des öffentlichen und des privaten Lebens kräftig zu unterstützen." Da gereicht es dem Oberhirten zu hoher Freude, daß die Gläubigen an vielen Orten diese Pflicht nicht nur erkannt, sondern auch die Ausübung derselben seit Jahrzehnten und besonders bei der wachsenden Gefahr der jüngsten Zeit, vermittels der mannigfachen Vereine, wie der charitativen Vereine, der Gesellenvereine, der Lehrlingspatronate, der kaufmännischen Kongregationen, der Arbeitervereine, des Volksvereins und der Bauernvereine, energisch in die Hand genommen haben. Neben diesen Bemühungen um die Erwachsenen erklärt er für besonders wichtig die allergrößte Sorgfalt für die christliche Jugend, das entschiedene Eintreten und Wirken für die echt christliche Gestaltung und Einrichtung der Schulen, „damit ein wahrhaft gläubiges und für das ewige Leben gebildetes Geschlecht heranwachse". Vor Allem aber sollen wir selbst den Glauben an das ewige Leben in uns recht erwecken und durch eine heilige Furcht Gottes bethätigen und so „das Unserige beitragen, daß die großen Uebelstände und Schäden geheilt, der drohenden Gefahr gewehrt und durch die weltumgestaltende Kraft des Glaubens ein gottgesegnetes, blühendes und glückliches öffentliches Leben grundgelegt werde". Mögen die herrlichen Hirtenworte zumal in den verschiedenen Abzweigungen katholischen Vereinslebens, deren Gedeihen dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischof so sehr am Herzen liegt, recht nachdrücklich beherzigt und daraus kräftige Anregungen ersprießlicher Thätigkeit geschöpft werden!

Freiburg, 23. Febr. Zur weiteren Beleuchtung der Angriffe der „Deutschen evangelischen Kirchenzeitung", welche in Nr. 43 des „Badischen Beobachters" vom 23. d. Mts. durch den Artikel: „Nochmals die Trauerfeier für Kaiser Wilhelm I. und Anderes" bereits gebührend gewürdiget wurden, sehe ich mich zu folgender Veröffentlichung veranlaßt:

„Vor dem Trauergottesdienste für Seine Hoheit den verstorbenen Prinzen Ludwig Wilhelm schlossen wir uns, der hochwürdige Herr Domkapitular Kiefer und der Unterzeichnete, als die Abgesandten unseres hochwürdigsten Herrn Erzbischofes, im Erdgeschosse des Großherzoglichen Schlosses zu Karlsruhe zur festgesetzten Stunde der sehr zahlreichen Trauerversammlung in einem dem Hauptportale zunächst gelegenen Saale an, welcher meist mit höheren Militärpersonen und Beamten dicht angefüllt war. Als der Trauerzug, Ihre Königliche Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin an der Spitze, durch die Reihen der Versammelten nach der Schloßkirche sich bewegte, folgte sofort das anwesende glänzend vertretene Militär und ehe an uns die Reihe kam, verfloß eine geraume Zeit. Zudem war ich durch das, was ich sah und hörte, so bewegt, daß mein Herr Kollege mich zum Aufbruch mahnen mußte. Je mehr wir durch die lange Reihe der Gemächer hindurch der Schloßkirche kamen, desto mehr nahm das Gedränge zu, und an dem Eingange der Kirche staute sich die Menge derart, daß ein junger Militär sich gegen uns äußerte: „Da mit hinein zu kommen, ist nicht mehr möglich!" Der Augenschein überzeugte uns davon. Deßhalb gingen wir auf den hinteren Schloßplatz hinaus, um es durch eine andere Thüre zu versuchen, fanden aber keine, auch in der Unmasse von Gefährten unseren Wagen nicht mehr, der einfach wieder weggefahren war. Damit wir doch wenigstens der Feier der Beisetzung in der evangelischen Stadtpfarrkirche anwohnen könnten, schlug ich meinem Herrn Kollegen vor, uns zu Fuß dahin zu begeben, was denn auch geschah, zum allgemeinen Aufsehen der Spalier bildenden Vereine u. s. w. In der evangelischen Stadtpfarrkirche haben wir alsdann der feierlichen Einsegnung und Beisetzung von Anfang bis zu Ende beigewohnt und sind hernach endlich durch die freundliche Bemühung des katholischen Herrn Stadtpfarrmessners Kaiser wieder zu einem, wenn auch anderen, Wagen und in unsere Wohnung gelangt. Die Abgesandten Sr. Excellenz des hochwürdigsten Herrn Erzbischofes von Freiburg haben also dem Trauergottesdienste in der Schloßkirche aus dem einfachen Grunde nicht angewohnt, weil es ihnen nicht möglich war, sie haben sich aber den Leichenfeierlichkeiten in der Stadtkirche nicht entzogen, da wenigstens der Unterzeichnete keine kirchliche Verordnung kennt, die Solches untersagte. Auch in Freiburg hatte meine Wenigkeit bei der Ueberführung der Leiche Seiner Hoheit des Prinzen Ludwig Wilhelm ähnliches Mißgeschick. Mit dem hochwürdigen Herrn Prälaten und Domdekan Weickum fuhr der Unterzeichnete an den Bahnhof, um wenigstens bei der Abreise der höchsten Herrschaften mit dem Herrn Domdekan gemeinschaftlich die geziemende Kondolenz zu bezeugen. Gleich nach dem Aussteigen aus dem Wagen trennte uns die wogende Menschenmenge, in welche eingekeilt ich mich vergeblich bemühte, dem hochwürdigen Herrn Domdekan in den fürstlichen Wartesaal zu folgen. So können oft unbedeutende Vorkommnisse wahrhaft widerwärtige Folgen haben und die schlimmste Deutung von Uebelwollenden erfahren. Die Verdächtigung unserer Loyalität und Toleranz aber weisen sowohl mein hochw. Herr Kollege als auch meine Wenigkeit mit aller Entschiedenheit zurück.

Rudolf Behrle, Domkapitular."

Kirchliche Nachrichten.

Das „Kath. Kirchenbl." enthält folgende Veränderungen im Personalstande: Präsentation erhielt Pfarrer Löffler in Lohrbach auf die Pfarrei Wasenweiler. — Anweisung erhielt Kuratieverweser Manz in Schlagten nach Hartheim, Dek. Meßkirch. (Die Anweisung des Pfarrverwesers Frech von Ueberg dorthin wurde zurückgenommen.) Zum Kammerer des Kapitels Linzgau wurde Pfarrer H. v. Bank in Herdwangen gewählt und bestätigt.

Badischer Landtag.

⊙ **Karlsruhe,** 24. Februar.

35. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 10 Uhr.

Am Regierungstische: Staatsrath Eisenlohr, sowie die Ministerialräthe Frey, Baader, Heil, Schenkel und von Bodman.

Petitionen sind eingegangen von einem pensionirten Volksschullehrer im Kreise Waldshut um Erhöhung seiner Pension, von Wertheim wegen Einführung der socialistischen Gesetze und vom Oberland wegen Erbauung einer Bahn von Bülach nach Schaffhausen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Abg. Kiefer, es sei nicht wahr, daß wegen der Gehaltsverhältnisse der Lehrer in der Schulkommission von seiner Fraktion ein bindender Beschluß gefaßt worden sei. In der Fraktion habe man sich nur darüber orientirt, wie die Freunde denken. Die gegentheilige Behauptung diene nur dazu, um andern Leuten die Ehre abzuschneiden und er fordere Beweise, daß das Gegentheil der Fall gewesen. Daß es so sei, gehe daraus hervor, daß die streikenden Mitglieder ihre Mitwirkung wieder aufgenommen haben.

Abg. Hennig erwidert, es wäre ihnen mitgetheilt, die liberale Fraktion habe einen Beschluß gefaßt und da habe er gedacht, dann habe die Berathung keinen Zweck mehr. Die Majorität hätte nicht zuerst Stellung nehmen, sondern erst die Kommissionsbeschlüsse abwarten sollen. Als er darauf aufmerksam machte, habe Herr Kiefer ihm in heftiger Weise erwidert, es sei kein Fraktionsbeschluß gefaßt worden. Das habe aber der Berichterstatter behauptet und sei auch in der Presse gestanden.

Abg. Wacker bemerkt, man habe die Mittheilung des Berichterstatters so auffassen müssen, daß die liberale

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fraktion einen bindenden Beschluß gefaßt und da habe es sich darum gehandelt, ebenfalls Stellung zu nehmen. Kiefer hätte zurückhaltender sein sollen. Er macht die Mittheilung, daß er und seine Freunde aus der Schulkommission als ausgetreten betrachtet werden wollen.

Abg. Strübe erklärt, die Darstellung des Abg. Kiefer sei richtig, er habe sofort erklärt, es sei kein bindender Beschluß gefaßt worden. Es war Niemand berechtigt, dies anders aufzufassen, wenn man Herrn Kiefer nicht der Lüge zeihen wolle. Was in der Kommission vorgekommen, habe der Abg. Wacker hervorgerufen, wodurch Herr Kiefer zur Entgegnung veranlaßt wurde.

Präsident Lamey bemerkt, daß auch Mitglieder anderer Parteien die Abstimmungen vorzögen, um mit ihren Freunden zu konferiren.

Abg. Heimburger erzählt den Vorfall und erklärt, daß aus der Wiederaufnahme der Arbeit nicht der Schluß gezogen werden dürfe, daß die Sache beigelegt sei.

Abg. Gerber hat bei der Mittheilung den Eindruck empfangen, daß ein endgiltiger Beschluß gefaßt sei. Der Hauptfehler war der, daß man Herrn Kiefer zum Vorsitzenden machte.

Abg. Löffler hat von verschiedenen Lehrern Zuschriften mit der Bitte erhalten, für günstige Uebergangsbestimmungen zu sorgen, von seinem Antrage in der Kommission haben nicht einmal seine Freunde etwas gewußt.

Abg. Gönner hat jener Fraktionssitzung nicht angewohnt, ein bindender Beschluß wurde aber nicht gefaßt und mit Nichtgeltenlassen eines irrthümlichen Berichts sollte doch die Sache erledigt sein.

Abg. Wittmer hat jener Sitzung angewohnt, es wurde nicht abgestimmt und deßhalb kein Beschluß gefaßt, ein bindender Beschluß sei noch nie gefaßt worden. Das behaupte er gegen den Abg. Wacker, der lache und Oho! rufe.

Abg. Schlosser erklärt, er hätte gegen einen Beschluß gestimmt und gerade die Abstimmungen in der Schulkommission, wo keine Fraktion geschlossen stimmte, gelte als Beweis, daß ein solcher nicht gefaßt war.

Abg. Fieser bestätigt, daß bei seiner Fraktion bindende Beschlüsse niemals gefaßt werden, aber bei den Gegnern gelte eher ein allmächtiger Wille. Wenn Berichterstatter Wenzold mittheilte, es sei ein Beschluß gefaßt worden, haben die Gegner sich das Weitere einfach dazu gedacht. Bei der Fraktionssitzung habe es sich darum gehandelt, Stellung zu den Forderungen der Lehrer und den Anträgen zu nehmen und das wurde mitgetheilt und das war den Gegnern unbequem.

Abg. Wacker erwidert, das war nicht unbequem, sondern auffallend, in moralischer Beziehung lag doch ein Beschluß vor, jetzt mache man den Abg. Wenzold zum Prügelknaben (Oho!). Wenn sie jetzt aus der Schulkommission austreten, geschehe es nicht wegen dieses Beschlusses, sondern weil eine gedeihliche Mitwirkung unter Kiefer's Präsidium, was selbst Nationalliberale bedauern, nicht möglich ist.

Abg. Klein-Wertheim behauptet, Herr Kiefer habe eine loyale Erklärung gegeben und dabei hätte man sich beruhigen sollen.

Abg. Wenzold bemerkt, er habe den Beschluß im Auftrage mitgetheilt, ein bindender Beschluß sei es aber nicht gewesen.

Abg. Kiefer erklärt, es frage sich, wer gelogen hat und wo die Wahrheit liegt. Er habe gesagt, wer den Artikel in den „Badischen Beobachter" geschrieben, der habe gelogen. Daß er nicht Herrn Wacker etwas glauben mache, das überlasse er der öffentlichen Meinung.

Abg. Dennig behauptet, eine Einigung in der Fraktion war erfolgt (Zurufe: Nein! Der Präsident bemerkt, es seien nur 15 Mitglieder anwesend gewesen). Man habe deßhalb gar nichts anders annehmen können.

Abg. Bassermann sagt, es habe nur eine Besprechung stattgefunden, es wurde weder abgestimmt, noch ein Beschluß gefaßt und er habe am Schlusse erklärt, er sei noch nicht informirt.

Der Präsident erklärt, damit sei die Sache erledigt, es bleibe der Schulkommission anheimgestellt, ob für die austretenden Mitglieder Ersatz geschaffen werden soll.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern und zwar die gestern mitgetheilten Titel.

Berichterstatter Abg. Gönner wünscht eine Regelung der Tageszeit, größere Städte wie Karlsruhe und Heidelberg regeln solche vom 1. April nach der Eisenbahnzeit und von der Postbehörde ging eine Aufforderung hierzu an alle Gemeinden. Es werde dadurch manche Aenderung nöthig und er fragte, was die Regierung zu thun gedenke.

Staatsrath Eisenlohr ist damit einverstanden, daß es zu gleicher Zeit im ganzen Lande erfolge. Es solle eine Verständigung beim Ministerium stattfinden, damit alle Behörden sich nach der neuen Zeit richten, dann werden wohl alle Gemeinden nachfolgen.

Abg. Wittum weist darauf hin, daß kostspielige und überflüssige Einrichtungen, wie sie die Großh. Fabrikinspektoren verlangten, auf Beschwerden von den zuständigen Behörden einstweilen unterbleiben dürften. Dies werde später geschehen, wenn die Zeiten besser sind, er mache aber auf den Bericht der Fabrikinspektoren aufmerksam, daß die Fabrikanten in Pforzheim Opposition machen.

Abg. Gefell kritisirt ebenfalls die Anordnungen der Fabrikinspektoren.

Abg. Marbe erklärt, er und seine politischen Freunde werden in Konsequenz ihres ablehnenden Verhaltens bei Genehmigung des 4. Ministers nunmehr auch gegen die Bewilligung des Ministergehaltes stimmen.

Abg. Fieser kann diesen Standpunkt nicht begreifen.

Abg. Marbe erläutert nochmals seinen Standpunkt; seine Partei sei s. Zt. gegen die Schaffung dieser Stelle gewesen, indem sie dieselbe für nicht nothwendig erachtete und müsse nun in konsequenter Weise auch gegen den Gehalt sein.

Abg. Gönner glaubt, daß die frühere Haltung der Centrumsfraktion sie nicht auch jetzt zur Ablehnung zwinge. Sie sei damals majorisirt, d. h. überstimmt worden und müsse deßhalb die jetzt geschaffene Situation respektiren. Es sei selbstverständlich, daß ein Ministerium auch einen verantwortlichen Leiter haben müsse.

Minister Eisenlohr kommt nochmals kurz auf die Organisation der Ministerien zu sprechen und bittet von seiner Person absehen zu wollen. Er könne ja von heute auf morgen zurücktreten, dann dürfe doch das ihm leitende Mißtrauen nicht auf seinen Nachfolger übertragen werden.

Abg. Muser: Heute handle es sich um die Stelle, nicht um die Person des Ministers; er werde deßhalb für die Genehmigung der Position stimmen, ohne jedoch damit dem jetzigen Leiter ein Vertrauensvotum aussprechen zu wollen.

Abg. Rüdt wird mit seinem Fraktionsgenossen aus dem gleichen Grund der Position zustimmen.

Abg. Friderich: Die strenge Durchführung der vom Centrum beobachteten Konsequenz seiner früheren Haltung anläßlich der Schaffung des 4. Ministers führe zur Ablehnung bei allen Ministergehältern.

Darauf werden die Gehalte des 4. Ministers und ersten Direktors gegen die Stimmen des Centrums genehmigt.

Weiter werden bewilligt und zwar einstimmig der gesammte

Titel 1. für beide Jahre mit 434,696 M., ferner:
Titel 2. Landeskommissäre 112,262 M.
Titel 3. Verwaltungsgerichtshof 107,938 M.
Titel 4. Verwaltungshof 326,952 M.
Titel 5. Generallandesarchiv 73,680 M.
Titel 6. Oberaichsamt 4626 M.
Titel 7. Rheinschifffahrtsbehörden 3772 M.

Bei Titel 8. Durchführung der socialen Gesetzgebung wünscht

Abg. Wilckens, daß den Gemeinden für ihre Mühewaltung resp. Auslagen für Anstellung von Beamten zur Durchführung des Alters- und Invaliditätsgesetzes, insbesondere für Ausstellung der Quittungsbücher ꝛc. aus der Staatskasse eine Entschädigung zu Theil werde, ebenso daß für den Einzug der Beiträge eine Erhöhung der als Vergütung angesetzten 4 pCt. der Beitragssumme auf 8 pCt. gewährt werde. Er ersuche die Regierung, in das nächste Budget einen Betrag einzustellen, wodurch den Gemeinden des Landes, mit Ausnahme der der Städteordnung unterstehenden, zum Zwecke der Gewährung einer theilweisen Vergütung an die Gemeindebeamten bezw. Gemeindebediensteten (insbesondere Bürgermeister, Rathschreiber und Gemeinderechner) für die den Gemeindebehörden übertragenen, lediglich oder vorzugsweise staatlichen Aufgaben erfüllende Dienstgeschäfte Gebühren, resp. Gebühren-Aversen zugewendet werden können.

Abg. Klein-Wertheim schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Lohr: Leythin sei im Hause bemerkt worden, die Invaliden- und Altersversicherungsgesetze hätten sehr gut gewirkt, und man äußere im Allgemeinen eine große Zufriedenheit im Volke, und das müsse konstatirt werden. Er habe eine ganz andere Ansicht, und es werde dies wohl die Ansicht aller Abgeordneten sein, die ländliche Bezirke zu vertreten haben, nämlich die, daß noch kein Gesetz eine größere Mißstimmung im Volke hervorgebracht habe, als gerade dieses Gesetz. Es sei wohl wahr, daß das Branntweinsteuergesetz auch als ein mißliebiges Gesetz empfunden werde, aber es lege dem Volk bei weitem nicht die Lasten auf, wie das Invaliden- und Altersversorgungsgesetz. Wohl könne man entgegen halten, die Arbeitgeber bezahlten eben nicht gerne, aber es seien gerade die Versicherten, die am aller unliebsten bezahlen, und am meisten über dieses Gesetz schimpfen. Wenn man ihnen entgegenhalte, es sei dieses Gesetz ja gerade zu ihrem Vortheile, so sagten sie, zu was sollen wir denn so lange zahlen, wir werden ja doch nicht 70 Jahre alt. Heute schon beginne in Bayern der Petitionssturm gegen diese Gesetze, und für die kommende Reichstagswahl würden sie sicher ein sehr wirksames Agitationsmittel werden; jedenfalls müsse der Kandidat versprechen, daß er für Abschaffung bezw. Aenderung dieser Gesetze sei.

Abg. Straub findet die vom Abg. Wilckens vorgetragenen Wünsche begründet; sie bewegten sich der Hauptsache nach mit seinem Antrag bezüglich Vergütung der Gemeindebeamten für im Interesse des Staates vollzogene Dienstleistungen. Dem Weg, den jedoch der Abg. Wilckens vorgeschlagen, stehe das Gesetz entgegen. Redner schildert dann eingehend die socialen Gesetze resp. das Alters- und Invaliditäts- sowie das Unfallversicherungsgesetz, beleuchtet ihre Vorzüge und Mängel und macht der Regierung Vorschläge zur Abänderung, damit sie dieselben in geeigneter Weise bei einer event. Wiederberathung der Gesetze im Bundesrath der Erwägung anheimstelle. So mißliebig wie jedoch der Abg. Lohr das Gesetz hinstelle, sei es im Volke nicht, auch auf dem Lande habe es segensreich gewirkt, wenn er auch zugeben müsse, daß noch gewisse Bestimmungen bezüglich der landwirthschaftlichen Arbeiter eingefügt werden sollten.

Abg. Frank: Er kann nur voll und ganz bestätigen, was der Abg. Lohr von dem Alters- und Invaliditätsgesetz gesagt hat. Auf dem Lande habe es sich durchaus nicht eingelebt, da es diesen Verhältnissen durchaus nicht entspreche. Möglich sei es zwar, daß es für die norddeutschen Zustände eher passe; wenn es aber auch für Baden bestehen bleiben solle, so bedürfe es mannigfacher Aenderungen, insbesondere die, daß dem Dienstboten, wenn er sich selbständig macht, und das sei ja meistens der Fall, das ganze einbezahlte Geld, und nicht blos die Hälfte wieder zurückersetzt werde.

Abg. Schuler: Die s. Zt. von der Regierung erfolgte Antwort auf die an sie gerichtete Interpellation bezüglich Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung, habe ihn nicht voll und ganz befriedigt; er müsse sich deßhalb heute nochmals einige Fragen in dieser Sache erlauben. Zunächst möchte er wissen, wie es die Regierung mit der Sonntagsruhe an den Feiertagen Charfreitag und Frohnleichnamstag halte. Auch wünsche er, daß die Sonntagsruhe mehr den Charakter der Sonntagsheiligung annehme. Die Geschäfte sollten deßhalb ihre Verkaufslokale an Sonntagen erst nach dem Hauptgottesdienst öffnen dürfen, damit dem Personal Gelegenheit gegeben sei, den Gottesdienst zu besuchen, ferner möchte die Sonntagsarbeit nicht über 5 Stunden ausgedehnt und nicht zu weit in den Nachmittag erstreckt werden. Bei Abhaltung der Jahr- und anderer Märkte, sollte man auch die katholischen Feiertage etwas berücksichtigen und zwar auch die sogenannten ungeschlichen. Gegenüber den Juden sei man da viel rücksichtsvoller. In dieser Beziehung habe man an sehr naheliegenden Orten — in Karlsruhe. D. R. — seine Erfahrungen gemacht. Ohne Rücksicht auf die katholischen Feiertage habe man da am ersten Dienstag jeden Monats eben den Viehmarkt abgehalten. In diesem Jahr sei es nun besser geworden. Ueberhaupt möge man darauf bedacht sein, daß die Sonntagsruhe den Arbeitern voll und ganz zu Theil werde. Die Schweiz sei uns in diesem Punkte weit voran. Die Sonntagsarbeit auf dem Lande müsse von einer Erlaubniß abhängig gemacht werden, damit Mißbrauch vorgebeugt werde. Gerade auf dem Land, wo der Arbeiter die ganze Woche von früh Morgens bis spät in die Nacht hinein besonders im Sommer angestrengt thätig sein müsse, müsse dafür gesorgt sein, daß ihm sein Sonn- und Ruhetag bleibe. Zum Schluß erinnere er nochmals an der Gewerbegerichte und bittet die Regierung von ihrem Zwangsrechte bezüglich Einführung dieser Gerichte überall dort Gebrauch zu machen, wo ein solches nothwendig erscheine.

Ministerialrath Schenkel: Die Regierung könne abwarten, wie sich die Angelegenheit der Gewerbegerichte entwickele, in zwei Dritteln der Amtsbezirke liege kein Grund vor, solche zu errichten. Bezüglich der Feiertage Frohnleichnam und Charfreitag bemerke er, daß sie bis jetzt je nach dem die eine der beiden Konfessionen Pfarrrechte in einer Gemeinde habe, als Feiertage betrachtet und gehalten worden seien, d. h. in katholischen Gemeinden der Frohnleichnamstag und in evangelischen der Charfreitag. Die Regierung sei jedoch nicht abgeneigt, bezüglich der Sonntagsruhe den Frohnleichnamstag und den Charfreitag im Sinne der Gewerbeordnung für Feiertage überhaupt zu erklären und nicht nur für die einzelnen Konfessionen. Bezüglich des Handelsgewerbes könne die Regierung eine genaue Antwort nicht geben. Die Regierung habe den Bezirksbehörden den Auftrag gegeben, nachdem sie sich mit den Betreffenden besprochen, einen Plan an das Ministerium einzureichen. Dann werde sich die Regierung schlüssig machen unter Betrachtziehung der bestehenden Wünsche und des Gesetzes selbst. Das Invaliditätsgesetz werde trotz der 100,000 Stimmen in Bayern nicht mehr beseitigt werden, auch für die Landwirthschaft sei es von großem Nutzen; die Erfahrungen werde man dazu benutzen, um das Gesetz zu verbessern.

Abg. Schüler schließt sich den Ausführungen der Abgg. Lohr und Frank bezüglich des Alters- und Invaliditätsgesetzes voll und ganz an. Das Gesetz sei beim Volke nicht populär und werde es auch nicht; namentlich in dem von ihm vertretenen Bezirk könne man sich gar nicht damit befreunden. Dienstherr und Arbeiter stehen demselben gleich unsympathisch gegenüber. Die Leute fühlten es geradezu als eine Last; wenn der staatliche Zwang aufhöre, wirke es jedenfalls günstiger. Auch sei sehr erwünscht, daß die ausführenden Beamten dieser socialen Gesetze mehr zu einer einheitlichen Anwendung derselben angehalten würden. Redner erzählt Fälle, wo sehr verschieden vorgegangen wurde. Das erregt ebenfalls Unzufriedenheit.

Abg. Löffler stimmt den Ausführungen des Vorredners bei; auch er könne konstatiren, daß das Gesetz auf dem Lande unbeliebt ist und wenig Erfolg verspricht.

Abg. Eder anerkennt den guten Grundgedanken der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung, die zweifellos von günstiger Wirkung im Allgemeinen sei. Doch glaube er betonen zu sollen, die Regierung möge dahin wirken, daß der Verwaltungsapparat vereinfacht werde.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Schlosser will die Verkaufslokale an den Nachmittagen länger geöffnet wissen, dabei seien unsere Kaufleute sehr interessirt. Andernfalls würde man dem Hausirhandel Vorschub leisten. Bezüglich der von ihm vertretenen Stadt Lahr wünsche er, daß das Gewerbeschiedsgericht, das für jenen Bezirk in Aussicht genommen sei, in Lahr als dem größeren und Hauptindustrieort errichtet werde, und nicht hinter Offenburg gestellt werde.

Abg. Dreesbach tritt den Abgg. Schlosser und Schüler kurz entgegen und möchte ferner konstatiren, daß die bürgerlichen Faktoren, die dieses Gesetz geschaffen, heute dasselbe bekämpften, wie die heutige Debatte gezeigt. Den Grundgedanken des Gesetzes anerkenne seine Partei. Aber der Verwaltungsapparat wie die hohe Altersgrenze habe die Partei veranlaßt, dagegen zu stimmen. Was die Sonntagsruhe betreffe, so freue er sich, daß die Regierung den Geist des Gesetzes erfaßte, denn nicht um den Gottesdienst allein, sondern vor Allem um einen freien Sonntag für die Handlungsgehilfen handle es sich.

Abg. Reichert: Den Nachmittag müsse man dem jungen Mann frei lassen; er bitte die Regierung, keine weiteren Ausnahmen zu gestatten, als das Gesetz sie zulasse. Im Uebrigen stehe er ganz auf dem Dreesbach'schen Standpunkt. Nur bitte er die Regierung bei Feststellung der Verkaufszeit im ganzen Land möglichst einheitlich vorzugehen, damit nicht durch solche Städte, in denen die Läden an Sonntag-Nachmittagen länger offen bleiben, andere Städte, wo sie früh geschlossen werden müssen, benachtheiligt und geschädigt werden, indem sie die Landleute eben dann ersteren Städten zuziehen.

Abg. Gönner: Der Schluß der Dreesbach'schen Ausführungen, nämlich die Behauptung, die bürgerlichen Parteien wollten die socialen Gesetze wieder abschaffen, sei nicht zutreffend. Im Allgemeinen habe man sich nur gegen einzelne Bestimmungen gewendet. Die Abneigung der Dienstboten, die Beiträge zu zahlen, könne doch kaum angezogen werden. Man werde es noch erleben, daß dieses Gesetz eine gute Wirkung ausübe, die bald in den weitesten Kreisen anerkannt werde. Die Abneigung würde schwinden, wenn die Invaliditätsrente einmal eintreten werde. Was die Sonntagsruhe betreffe, so glaube er nicht, daß diese Frage einheitlich geregelt werden könne. Gewisse Berücksichtigungen müßten genommen werden. Die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf den Charfreitag und Frohnleichnamstag würde die Anerkennung des Landes finden. Er glaube, daß dieses auch die Anschauung des Hauses sei.

Darauf wird der Titel 8 mit 27,500 M. angenommen.

Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.

Karlsruhe, 25. Febr.

36. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9½ Uhr.

Am Ministertisch: Eisenlohr und Regierungskommissare.

Haus und Tribünen gut besetzt.

Tagesordnung: Abermals Fortsetzung der Berathung des Berichts über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern pro 1899/00.

Der Sekretär verliest verschiedene Petitionen.

Abg. Hug bemerkt zu Tit. 8 Ziff. 5 Versicherungsanstalt Baden, daß nach dem Reichsgesetz die zu erhebenden Beiträge so hoch sein sollen, daß auch die Verwaltungskosten von der Anstalt getragen werden können. Eine Vermischung der Anstaltskasse mit der Staatskasse liege nicht im Geiste des Gesetzes. In Konsequenz dieses Grundsatzes müßte aber auch für die Versorgung der Hinterbliebenen die Anstaltskasse aufkommen. Ueber das Alters- und Invaliditätsgesetz sei gestern schon das nöthige gesagt worden. Auch er sei der Ansicht, daß es früher oder später einer Abänderung unterzogen werden müsse. Das Gesetz werde nach vier Seiten als eine schwere Last empfunden und zwar von den Arbeitern, den Arbeitgebern, den Vollzugsorganen und der Reichskasse. Der Arbeiter bezahle für die sociale Gesetzgebung einen viel höheren Beitrag als für jede andere Steuer, die Industrie könne unter der Last dieses Gesetzes mit dem Auslande nur sehr schwer konkurriren. Der Vollzug des Gesetzes nehme eine überaus große Zahl von Arbeitskräften in Anspruch und stelle auch an den einzelnen Beamten große geistige Anforderungen. Bezüglich der Reichskasse sei es sehr fraglich, ob sie die sich stets mehrenden Militärlasten und auch die Aufwendungen für die sociale Gesetzgebung für die Zukunft tragen könne. Unter solchen Umständen frage es sich, ob die Wirkungen des Gesetzes mit den Opfern und Aufwendungen im Einklang stehen. Er glaube dies nur theilweise bejahen zu sollen. Auch die Unzufriedenheit der Arbeiter sei nicht beseitigt worden. Aus allen diesen Gründen halte er es für nöthig, daß die Versicherungskasse von der Staatskasse streng getrennt gehalten werde.

Minister Eisenlohr hält nicht die Aufhebung sondern Verbesserung und theilweise Aenderung des Gesetzes für nöthig. Die Regelung des Wittwengehaltes der bei der Anstalt angestellten Beamten sei nach Maßgabe der bezüglichen Gesetze erfolgt.

Abg. Muser erkennt die Mängel des Gesetzes an, glaubt aber, daß mit dem Grundgedanken der socialen Gesetze alle einverstanden seien. Durch Belehrung und Aufklärung solle man die Unzufriedenheit zu beseitigen suchen und nicht noch mehren. Er glaube, daß das Gesetz niemals mehr beseitigt werde. In der socialen Gesetzgebung könne man nicht mehr zurückgehen, wer nicht mitmachen wolle, der werde durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen. Wegen der großen Kosten dürften wir nicht in der socialen Gesetzgebung zurückbleiben, eher sei daran zu denken, beim Militarismus zu sparen und den Ausgaben einmal einen Damm entgegenzusetzen.

Abg. Rau tritt einigen Ausführungen des Abg. Hug entgegen. Durch die sociale Gesetzgebung werden die Armen- und Unterstützungsauslagen vermindert. Er sei ein Anhänger des Gesetzes, wenn er im Vollzug auch einige Mißstände anerkennen müsse.

Abg. Hug hebt hervor, daß er der socialen Gesetzgebung im Allgemeinen nicht unsympathisch gegenüberstehe. Er habe sich nur für verpflichtet gehalten, der im Lande bestehenden Stimmung Ausdruck zu verleihen. Bezüglich der Hinterbliebenenversorgung wünschte er zu erfahren, wie es andere deutsche Staaten hierin hielten.

Ministerialrath Schenkel: Andere deutsche Staaten leisteten für die Versorgungsgehalte der Hinterbliebenen viel größere Zuschüsse als Baden.

Abg. Schlosser möchte als Vertreter einer Industriestadt erwidern, daß seine Erfahrungen den Anschauungen Hug's gerade über das Gesetz entgegenstehen. Wenn auch manche Mängel anerkannt werden müßten, so habe es sich doch bei den Betheiligten so ziemlich eingelebt und Niemand glaube mehr an dessen Entfernung. Auch die unständigen Arbeiter unterzögen sich den Lasten des Gesetzes recht gerne. Bezüglich der hohen Beiträge müsse man aber denken, daß sie zugleich auch Sparbeträge seien. Nach den praktischen Erfahrungen des einen Jahres könne man überhaupt noch kein bestimmtes Urtheil abgeben.

Vicepräsident Friderich übernimmt den Vorsitz.

Abg. Lohr: Wie bei Berathung des Einkommensteuergesetzes, so seien auch heute die Vertreter der Städte für das Gesetz, die des Landes dagegen. Das sei ihm ein Beweis, daß das Gesetz auf die Forst- und Landwirthschaft nicht angewendet werden könne. Er wiederhole, daß es im Volke unbeliebt sei.

Abg. Gönner: Das Uebereinkommen zwischen der Versicherung und dem Staat sei sehr praktisch. Die Regierung müsse einen Einfluß auf die Besetzung der Beamtenstellen ausüben; der Zuschuß sei so klein, daß er gar nicht in Betracht kommen könne. Herr Hug habe heute eine große Reichstagsrede gehalten, die längere Erwiderungen veranlaßt habe. Dem abfälligen Urtheil Hug's über dieses Gesetz müsse entgegengetreten werden. Die Wohlthaten des Gesetzes werden sich später noch mehr fühlbar machen; es stehe ja gar nichts entgegen, wenn die Verhältnisse es gestatten, die Rente zu erhöhen und die Altersgrenze herunterzusetzen. Anstatt zu agitiren gegen das Gesetz, solle man das Volk belehren und auf die Vorzüge desselben aufmerksam machen. Die Opfer der Arbeitgeber seien zwar groß, aber wenn man sociale Gesetzgebung treiben wolle, dann müsse man eben die Leistungsfähigen herbeiziehen. Die Organisation sei zwar sehr umständlich, allein auch die kleinen Dorfbürgermeister könnten sich in dieselbe einarbeiten.

Abg. Hug — pers. Bemerkung: Er habe lediglich die Stimmung, wie sie im Lande herrsche, hier zum Ausdruck zu bringen, das sei seine Pflicht als Abgeordneter, von der er sich als Berichterstatter nicht abhalten lasse. Aufreizend gegen das Gesetz habe er noch niemals gewirkt.

Nach einer Erwiderung des Abg. Gönner, wird Titel 8 genehmigt.

Zu Titel 9 liegen 3 Anträge vor.

1. Der Bezirksthierarzt in Schwetzingen habe seinen Wohnsitz in Schwetzingen zu nehmen.

2. Die Gemeindebeamten sollen für Dienstgeschäfte im Interesse des Staates eine staatliche Vergütung erhalten.

3. Auf den Beitrag der Stadt Emmendingen von 400 M. zum Umbau des Emmendinger Schlößchens in ein Amtsgericht zu verzichten und den staatlichen Beitrag um diese Summe zu erhöhen.

Die Sitzung dauert fort.

Zu unserem Kammerbericht vom 19. d. M. tragen wir erläuternd nach, daß Abg. Heimburger an die Großh. Regierung die Anfrage richtete, ob es nicht den Beamten — verheiratheten wie ledigen — zu gestatten sei, die von ihnen zu zahlenden Wittwenkassenbeiträge von ihrem Einkommen als Lasten nach Art. 3 des Einkommensteuergesetzes bei ihrer Einschätzung zur Steuer in Abzug zu bringen. Gegen die Wittwenkassenbeiträge der ledigen Beamten hat er nichts einzuwenden.

Kleine badische Chronik.

Sasbachwalden, 22. Febr. Noch niemals, so wird den „Ach. Nachr." geschrieben, ist unser Ort durch böse Menschen heimgesucht worden, bis vorige Woche. Da kam eines Tages Abends 7 Uhr eine verkleidete Person zu einer in einem entlegenen Hause im Gebirge wohnenden Familie und verlangte Herberge. Die Frau gab an, daß sie keinen Platz habe, die Betten seien nöthig für ihre Kinder. Darauf erwiderte der Fremde, daß er auf den Boden vor dem Ofen liegen wolle, was ihm nicht gestattet wurde. Hierauf verlangte er, die Frau solle ihm ein Drei-Markstück wechseln, was die Frau als unmöglich erklärte, da sie kaum 10 Pfg. für Salz im Hause hätte. „Sie haben doch kürzlich eine Kuh und zwei Schweine verkauft, und dies Geld will ich", erwiderte der Fremde. Nachdem die Frau erklärt, sie hätte das Geld zum Bezahlen einer Schuld verwendet und behauptet hatte, daß sie nichts im Hause hätte, verlieh der Unbekannte das Haus. Als die Frau dem sich Entfernenden nachsah, gewahrte sie, daß sich derselbe noch Einer zugesellt hatte. Hätte die Frau nicht ihre Geistesgegenwart behalten, oder hätte der Mann vielleicht kein Bedenken mit den vielen Kindern gehabt, dann hätte die Sache ein schlimmes Ende nehmen können.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Lokales.

Karlsruhe, 25. Februar.

+ **Festhalle-Maskenball.** Wie bereits angekündigt, findet der letzte der diesjährigen Festhallenmaskenbälle nächsten Samstag, den 27. ds., Abends, statt. Wie üblich werden auch bei diesem Balle Preise im Gesammtbetrage von 600 Mk. für die schönsten oder originellsten Einzelkostüme und Gruppen ausgesetzt. In die Ball- und Konzertmusik theilen sich die vollständigen Kapellen des 1. Bad. Leibgrenadierregiments und 1. Bad. Leibdragonerregiments unter Leitung der Herren Kapellmeister Böttge und Damm, im Ganzen 80 Musiker und weist das Programm die beliebtesten Tänze auf. Die auf der Gallerie der Festhalle zur bequemen Besichtigung des Maskenballes geschaffenen reservirten Balkonplätze (vorderste Reihe) sind in nur beschränkter Zahl vorhanden, weshalb es angezeigt sein dürfte, sich zeitig Plätze zu sichern.

Neueste Nachrichten.

Paris, 25. Februar. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Freycinet vor Uebernahme des Kriegsportefeuilles im neuen Kabinet gewisse Bedingungen gestellt und die endgiltige Erklärung verschoben, bis ihm die Namen sämmtlicher neuen Minister bekannt gegeben wären. Bourgeois hat es abgelehnt, in das Kabinet Rouvier einzutreten, da dasselbe keine entschiedene und klare Politik verbürge. Ebenso machte Ribot Vorbehalte. Die Haltung der radikalen Blätter, von denen einzelne anfänglich der neuen Kombination nicht unfreundlich gegenüberstanden, ist nunmehr eine ausgesprochen gegnerische. Rouvier begibt sich heute in's Elysée, um das Mandat zur Kabinetsbildung Carnot zurückzugeben.

Lissabon, 25. Febr. Der Finanzminister legt den Kammern demnächst Gesetzentwürfe, betreffend Besteuerung von Alkohol und Zündhölzern vor.

Handel und Verkehr.

Würzburg, 23. Febr. Der heutige Viehmarkt war wieder sehr reichlich und mit sehr schönem Gangvieh betrieben. Das Geschäft gestaltete sich lebhafter als am letzten Markte und wurden von den norddeutschen Firmen größere Posten aufgekauft; die Preise gingen in die Höhe. Es kosteten: Ochsen 1. Sorte 1073—1184 M., 2. Sorte 925 bis 1055 M., Stiere 1. Sorte 560—630 M., 2. Sorte 450 bis 500 M. das Paar; Kühe 1. Sorte 300—390 M., 2. Sorte 140—250 M. das Stück; Kälber 48—50 Pf., Hammel 45 bis 50 Pf., Schweine 51—52 Pf. das Pfund Fleischgewicht. Dienstag, den 1. März: Zuchtbullenprämiirungsmarkt. Dienstag, den 8. März: Großviehmarkt. Dienstag, den 15. März: Schafmarkt.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Die unbequeme Lage, in welche sich die norddeutsche Kontremine auch diesmal wieder angesichts des Ultimo gebracht hat, diente der Börse als Grundlage für die Preissteigerung der leitenden Spekulationswerthe. Heute wirkte, laut „Frkf. Journ.", auch die in Paris aufgetretene günstige Marktstimmung zur Belebung unserer Börse mit, so daß sich bei anziehenden Preisen auf der Mehrzahl der Marktgebiete eine lebhafte Geschäftsthätigkeit entwickeln konnte. Die schon gestern als stimulirendes Moment in Kraft gewesene Preisbesserung der neuen heimischen Anleihen wirkte heute fort. Die neue Reichsanleihe wurde auch nach der Notirungszeit noch lebhaft umgesetzt und stieg bis 84,65 pCt. Am Markte der leitenden Bankpapiere gingen Diskonto-Kommanditantheile und österreichische Kreditaktien ansehnlich höher; es fanden größere Deckungskäufe darin statt. Oesterreichische Bahnen waren gebessert und belebter. Schweizerbahnen zwar ruhig aber fest. Ganz besonders belebt und günstig angeregt war der Markt der Türkenwerthe auf Pariser Einwirkung. Auch die übrigen ausländischen Staatsrenten verkehrten in besserer Stimmung. Montanwerthe leicht erholt aber still.

3% Prämien-Schuldverschreibungen der allgemeinen österreichischen Bodenkredit-Anstalt, Emission von 1880. Ziehung am 15. Febr. Auszahlung am 1. Juni 1892. Hauptpreise: Serie 1788 Nr. 44 45,000 fl. Serie 1924 Nr. 51 2000 fl. Serie 563 Nr. 78, Serie 1305 Nr. 18 je 1000 fl. In der hierauf folgenden Tilgungsziehung wurden die nachstehenden 10 Serien 245 1028 1840 1881 1831 1957 2185 3012 3214 3490 gezogen, welche je die Nummern 1—100 enthalten und mit dem Nominalbetrag von je 100 fl. eingelöst werden. (Ohne Gewähr.)

Panama 400 Fr.-Loose vom Jahre 1888/89. Ziehung am 15. Febr. Auszahlung am 15. März 1892. Hauptpreise: Nr. 861283 je 250,000 Fr. Nr. 829802 100,000 Fr. Nr. 577597 1130019 je 10,000 Fr. Nr. 1308080 1812682 je 5000 Fr. Alle übrigen gezogenen Nummern je 3000 und 1000 Fr. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Geburten: 17. Febr. August, Vater Karl Stelzel, Handlungsreisender. — 21. Febr. Katharina Lisette, Vater Heinrich Windecker, Möbeltransporteur. — Leopold, Vater Georg Manz, Fuhrmann. — 23. Febr. Luise Paula, Vater Johann Baptist Kremer, Taglöhner.

Todesfälle: 23. Febr. Ludwig, alt 6 Tage, Vater Ludwig Klar, Maler. — Paul, alt 7 Jahre, Vater Philipp Gremer, Kaufmann.

Auswärtige Todesfälle.

Heidelberg: Friedrich Hermann Immisch, 72 J.
Kandern: Anna Maria Sehn, geb. Schmidt.
Kippenheim: Huber, geb. Schulz, 69 J.
Zell i. W.: Johann Georg Schwald, Steinhauer, 66 J.
Dogern: Agathe Albiez, geb. Strittmatter, 57 J.
Lörrach: Maria Barbara Rofer, geb. Hagist, 73 J.
Mappach: Johann Jakob Hagin, Waldhüter, 63 J.
Offenburg: Karl Weber, Schlosser, 24 J.
Villingen: Theresia Schäfer, geb. Konstanzer, 64 J.

Auszeichnung. Auf der internationalen Ausstellung für das rothe Kreuz, Armeebedarf, Volksernährung, Hygiene u. s. w. unter dem Protektorate J. M. der Königin von Sachsen wurde die Firma **Franz Kathreiner's Nachfolger** in München, Filialen in Berlin, Wien und Zürich, für ihren „Kathreiner's Kneipp-Malzkaffee" durch die Goldene Medaille ausgezeichnet. Diese Auszeichnung ist die höchste, welche in der Klasse IV, Volksernährung, für derartige Fabrikate verliehen wurde, und ist ausschließlich obiger Firma zuerkannt worden.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE.
42

Neu! Patent-Zithern (neu verbessert). **Thatsächlich** von jedem in 1 Stunde nach der vorzügl. Schule ohne Lehrer erlernbar (unübertroffen), Größe 56×36 cm, 22 Saiten. **„Ton" wundervoll, doch fein** und haltbar gearbeitet (**Prachtinstrumente**). **Preis** nur Mark 6,00 mit Schule 2c. gegen Nachnahme. 2.1
O. Miether, Versandtgeschäft, **Hannover**.

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe,
Erbprinzenstraße 24. 23

Gebr. Trefzger,
Gravieranstalt, Kautschukstempel- und Metallschablonen-Fabrik,
Karlsruhe,
Zähringerstraße Nr. 167,
Ecke der Lammstraße,

empfehlen sich in **Gravirarbeiten jeder Art**; Anfertigung von **Wappen, Behörden- und Firmen-Siegel und Stempel**. Monogrammanfertigung, sowie Nachgravirung von **Hostien-Eisen**. Schablonen zur Wäschestickerei und für kaufmännische Zwecke in großer Auswahl vorräthig.
12.7

Niederlage der Gelatine-Trockenplatten von
F. Weisbrod & Co., Frankfurt a. M.
(anerkannt höchste Empfindlichkeit),
Generalvertretung der Trockenplatten-Fabrik von
Hoerth & Böhrer, Frankfurt a. M.,
bei 2.1
Daeschner & Co.,
Kaiserstraße 243,
Photogr. Bedarfsartikel.

Möbel-Magazin
und
Ausstattungs-Geschäft
von
L. Stapf,
8 Herrenstraße 8
Eigene Werkstätte. — Billige Preise.
empfiehlt sein Lager in **Kasten- und Polster-Möbeln** in nur guter Qualität zu billigen Preisen. Lieferungen **ganzer Aussteuern**. Anfertigen nach Zeichnung in kurzer Zeit.
Das **Aufpoliren** u. **Repariren** von Möbeln, sowie das Aufmachen von Vorhängen, das Umarbeiten von Polstermöbeln prompt und billigst.
NB. Lieferungen nach Auswärts. Verpackung frei. 40.1

Zu Festlichkeiten
empfiehlt
als vorzüglichen französischen Champagner
„Vix-Bara"
zu Originalpreisen,
per Flasche M. 4.—, M. 4.50, M. 5.—
Karl Baumann,
Wein- und Thee-Geschäft,
Akademiestraße 20.
Größere Bestellungen erbitte rechtzeitig.

Karmeliten-Geist
vom Kloster in Regensburg empfiehlt
L. Dörflinger,
10.7 früher **J. Glaul,**
Karlsruhe in Baden.

Neuer und neuester Verlag von **Friedrich Pustet** in Regensburg, zu beziehen durch die Unterzeichnete:

Andacht, zehntägige, zum hl. Johannes vom Kreuz, erster unbeschuhter Karmeliter. Herausgegeben von einem Priester desselben Ordens. Neu bearbeitet von Fr. Johannes vom Kreuz, Terziar-Karmelit. Mit Genehmigung der geistlichen Obrigkeit. XII und 88 S. in 16°. 60 Pf.; in Leinwandb. 80 Pf.

Diessel, P. Georg, C. Ss. R., **Der Tod, der Sünde Sold. Fastenpredigten.** Mit Approbation des bischöflichen Ordinariates Königgrätz und der Ordensobern. IV und 144 Seiten in 8°. 1 M. 20 Pf.

Gemminger, L., **Gebetbuch der Wittwe,** zum Troste und zur Erbauung für alle Wittwen. Mit oberhirtl. Genehmigung. **Vierte Auflage.** 516 Seiten in 16°. 1 M. 50 Pf.; in Halblederband 2 M.; in Lederband mit Goldschnitt 2 M. 90 Pf.; in Chagrinband mit Goldschnitt 3 M. 20 Pf.

Gesetze der Braut Christi, wie dieselben von Christus und seiner allerheiligsten Mutter der ehrwürdigen Dienerin Gottes Maria von Jesus, Aebtissin des Klosters der unbefleckten Empfängniß zu Agreda, gegeben und niederzuschreiben befohlen wurden. Neu herausgegeben von einem Mitgliede des Kapuzinerordens. Mit Erlaubniß der Ordensobern. IV und 136 Seiten in klein 8°. 80 Pf.

Haas, P. Franziskus, Ord. Cap., **Die heilige Stunde im Dienste des göttlichen Herzens Jesu.** Nach den Handschriften der Erklärung. Für alle Monatsandachten des Kirchenjahres nebst Anhang von Gebeten und Ablässen. Mit Genehmigung des hochwürdigsten P. Generals. XXII und 396 Seiten in 32°. 60 Pf.; in Leinwandband mit Rothschnitt 1 M.; in Lederband mit Goldschnitt 1 M. 40 Pf.

Religionslehre, katholische, für die vier obersten Klassen der Gelehrtenschulen und für gebildete Männer. **Zweite,** verbesserte Auflage. I. Theil. Glaubenslehre. XVI und 148 Seiten. II. Sittenlehre. 138 Seiten. III. Gnaden- und Sakramentenlehre 182 Seiten. IV. Kirchengeschichte. 142 Seiten. In 8°. 3 M. 20 Pf.; in ½ Chagrinband 4 M.

Wilmers, W., S. J. **Kurzgefaßtes Handbuch der katholischen Religion.** Dritte, durchgesehene Auflage. IV und 587 Seiten in 8°. 3 M. 20 Pf.; in ½ Chagrinband 4 M.

Klein's Graduale- und Messbuch. Ein Gebet- und Betrachtungsbuch für Kirchensänger und gebildete Laien, aus dem römisch-katholischen Missale übersetzt und herausgegeben von Dr. Fr. X. Haberl. Mit Approbation des bischöflichen Ordinariates Regensburg. 480 Seiten in 16°. Preis 2 M.; in Leinwandband mit Rothschnitt 2 M. 60 Pf.; in Lederband mit Goldschnitt 3 M. 60 Pf.

Dieses mit Verlangen erwartete Buch liegt nun in schöner Ausstattung vor. Sein Inhalt wird die gehegten Erwartungen erfüllen und Vielen zum Nutzen sein. Man versäume nicht, sich dasselbe zur näheren Einsichtnahme vorlegen zu lassen, wozu auch die Verlagshandlung bereit ist.

Explanatio critica editionis Breviarii Romani quae a Sacr. Rituum Congregatione uti typica declarata est. Studio et opera Georgii Schober, Congreg. Ss. Redemptoris Sacerdotis. VIII und 154 Seiten in 8°. 2 M. 60 Pf. in ½ Chagrinband mit Rothschnitt 3 M. 40 Pf.

Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt**
und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstrasse 34.

Neuer Verlag der Jos. Kösel'schen Buchhandlung in Kempten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, in Freiburg durch die **Literarische Anstalt** und in **Karlsruhe** durch deren **Agentur**, Herrenstraße 34.

Das Sechstagewerk der Weltschöpfung in sechs Fastenpredigten von einem Missionär und Ordensmann. 8°. 60 S. Preis broch. 1 M.

Obige Predigten bilden einen werthvollen Beitrag zur Predigtliteratur. Ein namhafter Theologe, welchem das Manuskript vorgelegt worden war, erklärte, diese Predigten gehörten zu dem Geistreichsten, was ihm seit Jahren auf diesem Gebiete bekannt geworden, und er sei überzeugt, daß dieselben eine vortreffliche Wirkung erzielen werden.

Für den Märzmonat.

St. Josephsbüchlein. Gebete und Andachtsübungen zur Verehrung des heiligen Joseph. Betrachtungen für den Monat März, nebst Beispielen. Von P. **Joseph Alois Krebs. 12. Auflage.** Preis broch. 50 Pf. geb. in Callico 75 Pf.

P. **H. Saintrain, Andacht zum heiligen Joseph** für Novenen und für den Märzmonat. Von **C. Jaspers,** Kaplan. Preis broch. 50 Pf. geb. 75 Pf.

St. Joseph hilft! Vollständiges Lehr- und Gebetbuch für Seelen, welche die Herrlichkeiten des heiligen Joseph näher kennen zu lernen und aus seinen Gnadenquellen zu schöpfen wünschen. Von **J. P. Toussaint,** Priester. **3. Auflage.** Preis broch. Mk. 1.20, geb. 2 Mk. und theurer.

März-Blüthen, oder: Kurze Andachtsübungen zu Ehren des heiligen Joseph auf jeden Tag des Monats März. Bestehend aus 31 Blättchen. Preis 15 Pf.

St. Josephs-Monat. Enthaltend: 1. das Leben des heiligen Joseph, des Nährvaters Jesu, 2. die Beweggründe, den heiligen Joseph zu ehren und auf ihn zu vertrauen, 3 verschiedene Andachtsübungen zu Ehren des heiligen Joseph. Von **Nikolaus Kneip,** Pfarrer. Preis broch. 50 Pf. geb. 75 Pf.

St. Thomasbüchlein für die sechs Sonntage zu Ehren des Engels der Schule, des heiligen Thomas von Aquin. Von **P. H. J. Pfluedeit,** O. Pr. **2. Auflage.** Preis broch. 40 Pf., geb. 65 Pf.

A. Laumann'sche Verlagshandlung, Dülmen i. W.

Zu beziehen in **Freiburg** durch die **Literarische Anstalt** und in **Karlsruhe** durch deren **Agentur,** Herrenstraße 34.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Ladenwechsel sämmtlicher
Schuhwaaren
zum **Fabrikpreise.** 40.8
Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.
Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.
Carl Goldmann, Schuhmacher,
235 Kaiserstraße 235.
Vom 28. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise
227 Kaiserstrasse 227.

Jordanbad
bei Biberach a. R. (Post Ummendorf) **Württbg.**
Aelteste und grösste
Kneipp'sche Wasserheilanstalt
unter Leitung des Badearztes Dr. med. **I. N. Stützle.**
Das ganze Jahr hindurch geöffnet ist Jordanbad auch
für Winterkur
auf's denkbar Beste eingerichtet.
Verpflegung durch Barmherzige Schwestern. Vorzügliche Küche. Mässige Preise. Prospekte und nähere Aufschlüsse gratis durch die
15.14 *Badeverwaltung.*

Fahrrad-Sport.
Verehrten Sportskreisen und sportsfreundlichem Publikum die Mittheilung, daß Herrn
Andreas Hoch, Velocipeddepot in Karlsruhe,
Akademiestraße,
für diesen Platz und Umgebung die **alleinige Vertretung** unserer rühmlichst bekannten Fabrikate übertragen wurde. 2.1
Bielefelder Maschinen-Fabrik
vorm. Dürkopp & Co. in Bielefeld (Diana-Räder).
Coventry Machinists' Co. in **Coventry,** England (Swift-Räder).
Neuestes und Erprobtes in **Pneumatic**-Reifen.

Concert-Saal
Brauerei Schrempp, Waldstraße.
Karlsruher Colosseum,
jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
3 Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Wiener
Schuhwaaren-Lager
S. Illig,
Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,
empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:
Herren-Zug- und Schnürstiefel in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 6.50 an.
Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an.
Damen-Zug-, Knopf- und Schnürstiefel in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.
Knaben-, Mädchen- und Kinder-Schuhe und **Stiefel** in allen Arten.
Ball- und Gesellschafts-Schuhe und **Stiefel** für Herren und Damen von den einfachsten bis zu den elegantesten Mustern.
Größte Auswahl in **Filz-, Tuch- und Pelz-Schuhwaaren** in nur bester Waare.
Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Einlegesohlen, Zehenwärmer, Lack, Siderême, Schuhlöffel, Knöpfer und **Stiefelzieher** und **Ausziehe**r. 21
Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.
— Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt. —

Vereine.

Schwarzwald-Verein: Donnerstag, den 25. Febr., Vereinsabend.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, den 26. Febr. 1. Quartal. 30. Abonnements-Vorstellung. **Durch's Ohr.** Lustspiel in drei Aufzügen von Wilhelm Jordan. — **Cavalleria rusticana.** (**Sizilianische Bauernehre**). Melodrama in einem Akt, nach dem gleichnamigen Volksstück von Verga, von G. Targioni-Tozzetti und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni.

Notirungen der Frankfurter Börse vom 24 Februar 1892.

	Staatspapiere.	
4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106.80 73
3½ „	„ „ „ „	99.90 40
3 „	„ „ „ „	84.60 60
4 „	Preuss. Konsols „	106.90
3½ „	„ „ „	99.90
3 „	„ „ „	84.50 60
4 „	Bayer. Abl.-Rente fl.	—
4 „	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105 80 90
4 „	Badische Obligationen fl.	102.80
4 „	„ „ v. 1886	107.—,
4 „	Oest. L.-Sch. Gold Elisab.	96.20
4 „	„ Goldrente fl.	95.95
4½ „	„ Silberr. „	81.9
4½ „	„ Papier. „	81.60
4 „	Ungar. Goldrente „	90.0
5 „	„ Papierrente	88.50 40
5 „	Russ. Gold-Anleihe R.	100.0
4 „	Span. ausl. Rente	61 40
5 „	Italien. Rente	90 4
4 „	Serbien. Goldrente	77.5
5 „	Serbien. st. E. Hyp.-Obl.	79 9
	Bank-Aktien.	
4½ %	Deutsche Reichsbank	143 60
4 „	Badische Bank	112 70 60
4 „	Darmstädter Bank	—
5 „	Oest. Kreditb. (Ultimo)	266¾, 7
4 „	Rhein.	116 40
4 „	Deutsche Bank	158.50
4 „	Deutsche Union-Bank	68.90
	Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	93.50
4 „	Hessische Ludwigsb.	113.80 60
4 „	Ludwigsh.-Bexbach fl.	221.40 90
4½ „	Pfälzer Maxbahn	142 80
4 „	„ Nordbahn	114 50
	Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	77 76½
5 „	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	249¼, 50
5 „	Nordwestb. fl.	182 ¾
4 „	Lit. B. Elbthal	205½
5 „	Schweiz. Centralb. Fr.	128 20.40
4 „	Gotthardbahn „	107¾
	Prioritäten.	
5 %	Albrecht ö. W. 300 fl.	89.50
5 „	„ in Gold 400 M.	166 —
5 „	Oesterr. Südbahn	100.80.70
3 „	„ „ 1871	—
5 „	„ Ung.-Staatsb. 1879	107.—
3 „	„ Staatsb. 1.—8. Em.	85.50
3 „	„ „ 9. Em.	83 10 85
4 „	„ „ Ergänz.	83.40
5 „	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.60
	Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	160 —
3½ „	Köln-Mindener 100 Thlr.	135.70
4 „	Bayerische 100 Thlr.	140 70
4 „	Badische 100 Thlr.	139 83 90
4 „	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128.90.83
3 „	Oldenburger 40 Thlr.	129.80.90
4 „	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	122 8
5 „	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	124.70
	Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
	Braunschweiger 20 Thlr.	105 50.40
	Augsburger 7 fl.	29.60
	Ansbacher 7 fl.	48.—
	Meininger 7 fl.	27 50
	Pappenheimer	28 —
	Freiburger 15 Fr.	29.80
	Mailänder 45 Fr.	42.80
	„ 10 Fr.	10 90.80
	Wechsel. K. S.	
	Amsterdam 100 fl.	168 50.55
	Antwerpen 100 Fr.	80 70.75
	Schweiz 100 Fr.	80.65
	Wien 100 fl. ö. W.	172 40
	Paris 100 Fr.	80 85.90
	London	410 20
	Pfandbriefe.	
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100.40.30
3½ „	„ „	98 10
4 „	Bayer.	102.10
4 „	Württemb.	101 90
	Verfallene Coupons.	
	Oesterr. Papier	172.10
	Amer. U. St. u. E. B.	4.16½
	Geldsorten.	
	20-Franken-Stücke	16.21—17
	„ in ½	16.20—16
	Dukaten	9.65 —
	„ al marco	9.65 —
	Engl. Souvereigns	20.38—34
	Russ. Imperials	16.70—65
	Gold-Dollars	4.20—18
	Reichsbank-Diskonto	3%
	Frankfurter Bank-Diskonto	3%

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Rüttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg